

1/2010

ISSN 1023-8158, 21. Jahrgang

trendletter



Zukunft der Regionen

Strategien für erfolgreiche Wirtschaftspolitik

Der Bericht zur Zukunft der Nation. **Punkt.**

NEU: Prognos Deutschland Report 2035

Text- und Tabellenband, 600 Seiten, inklusive CD-ROM

Das Kompendium zur Zukunft Deutschlands ist das Planungsinstrument für Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

www.prognos.com

Wir geben Orientierung.



Weitere Informationen:

www.prognos.com/deutschlandreport

Tel.: + 41 61 3273 200

deutschlandreport@prognos.com

Fax-Bestellschein: +41 61 3273 300

Ich bestelle verbindlich folgende(s) Reportpaket(e):

Basispaket EUR 4.900
(Text- und Tabellenband inkl. CD-ROM)

Premiumpaket EUR 12.000
(Basispaket + Tagesworkshop)

Ich möchte mit Prognos-Experten
die Konsequenzen für mein
Unternehmen analysieren und Szenarien
für die Zukunft entwickeln.

Name, Vorname

Land

Firma

Telefon

Funktion, Abteilung

Telefax

Straße

E-Mail

Zahlbar nach Rechnungserhalt. Die Bestellung kann innerhalb von 2 Wochen schriftlich widerrufen werden. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Poststempel).

PLZ, Stadt

Datum, Unterschrift

Ein genauer Blick ist notwendig ...

Zukunft der Regionen

Strukturpolitik wirkt in Deutschland für Europa	4 + 5
Regionalwirtschaftliche Effekte der Konjunkturoffensive Hamburg	6
Ostdeutschland braucht eine zukunftsorientierte Exportförderung	7
Kompetenzfeldstrategien befördern Zukunftsthemen	8
Prozessbegleitung als erfolgreicher Weg der Wirtschaftsförderung	9
Wertschöpfung 2.0: Wissensintensive Dienstleistungen	10
Wie Unternehmen richtige Standortentscheidungen treffen	11
<hr/>	
Energiepolitik	
Modell Deutschland – Klimaschutz bis 2050	12 + 13
<hr/>	
Ressourcenpolitik	
Aktiver Klima- und Ressourcenschutz auf regionaler Ebene	14
<hr/>	
Nachhaltigkeitspolitik	
An der Küste ziehen alle an einem Strang	15
<hr/>	
Bildungspolitik	
„Sag mir, was Du bist und ich sag Dir, was Du kannst“	16
<hr/>	
Familienpolitik	
Wie geht es eigentlich der Familie?	17
<hr/>	
Innovationspolitik	
Patente sind gut für das Image	18
<hr/>	
Methoden	
Benchmarking schafft Transparenz bei kommunalen Haushalten	19
<hr/>	
Meldungen / Impressum	20



... wenn die Richtung stimmen soll. Dieser Grundsatz gilt nicht nur für den Umgang mit Straßenkarte und Kompass, sondern auch für eine effiziente Wirtschafts- und Regionalpolitik. Deshalb widmen wir diesen *trendletter* schwerpunktmäßig dem Thema „Zukunft der Regionen“. Auf den nächsten Seiten stellen wir erfolgreiche Programme und Maßnahmen regionaler Wirtschafts- und Förderpolitik vor. Außerdem zeigen wir auf, wie Unternehmen und Standorte voneinander profitieren können.

Den Gesamtrahmen für die regionale Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Kontext liefert die Europäische Strukturpolitik, der daher der Auftaktbeitrag gewidmet ist. Die Begleiterscheinungen der Finanz- und Wirtschaftskrise machen deutlich, wie schnell es zu schweren Verwerfungen bei den bisherigen Wachstumszielen sowohl in Deutschland als auch in den EU-Mitgliedsstaaten kommen kann. So wurde Irland noch vor Kurzem als Vorzeigebispiel einer modernen Anpassung an Globalisierung genannt. Ebenfalls wurden die enormen Wachstumsraten der Transformationsstaaten fast ausschließlich positiv bewertet. Die aktuellen Entwicklungen strafen diese Hoffnungen Lügen. Eine etwas besonnenere und genauere Betrachtung macht klar, dass schnelles Wachstum allein nicht ausreicht. Eine tragfähige Entwicklung kann nur erreicht werden, wenn es gelingt, das Wirtschaftswachstum mit der Konsolidierung der nationalen und regionalen Ökonomien im Rahmen eines zeitlich angemessenen Modernisierungsprozesses zu verknüpfen.

Dies ist eine wichtige Lehre für die europäische Wirtschafts- und Regionalpolitik. Bezogen auf die bislang starken Volkswirtschaften der EU muss die Frage von Wettbewerbsfähigkeit und Anpassung neu gestellt

werden. Ein Beispiel dafür ist der zu erwartende Strukturwandel in der Automobilindustrie. Im Sinne von Wachstum und Stabilität ist deshalb der gesamte europäische Entwicklungsprozess nochmals zu untersuchen. So wurde für die aktuelle Förderperiode 2007–2013 der EU-Strukturpolitik – unter dem Oberbegriff Kohäsion – lange diskutiert, ob nicht eine noch deutlichere Förderung der Beitrittsstaaten gerechtfertigt gewesen wäre. Jetzt hingegen scheint es sinnvoller, eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik breiter auszurichten – und neben (nachhaltigem) Wachstum auch die Anpassung bestehender Strukturen stärker in Betracht zu ziehen. Diese Frage ist bei der Planung der neuen Strukturpolitik und der Diskussion um die soeben von der Europäischen Kommission kommunizierte „Strategie EU 2020“ zu berücksichtigen (S. 4/5).

Doch für den Standort Deutschland ist nicht nur die europäische Ebene, sondern auch die regionale Wettbewerbsfähigkeit von Bedeutung. Diese kann sowohl durch nationale wie durch regionale Instrumente positiv verstärkt werden. Wir demonstrieren dies an drei unterschiedlichen Fällen. Fördermaßnahmen, die klug angelegt sind, können durchaus sinnvoll sein. Voraussetzung ist natürlich, dass die Wirkungen auch überprüft werden (S. 6–8). Letztlich muss ein spürbarer Effekt bei der regionalen Wirtschaft ankommen, denn nur sie kann für Innovationen und Arbeitsplätze sorgen. Wie Unternehmen von guter Politik profitieren, die richtigen Standorte finden und welche Wirkungen sich daraus wiederum für die Standortentwicklung ergeben, haben wir ebenfalls betrachtet (S. 9–11). Es zeigt sich, dass gute Entscheidungen kein Zufall sind und mit entsprechenden Strategien und Methoden befördert werden können.

Neben dem Schwerpunktthema enthält dieser *trendletter* wie immer noch weitere interessante Beiträge, die ich Ihnen sehr gerne empfehle. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine spannende Lektüre und freue mich auf eine anregende Diskussion mit Ihnen.

Christian Böllhoff
christian.boellhoff@prognos.com



Strukturpolitik wirkt in Deutschland für Europa

Die EFRE-RWB-Förderung unterstützt die europäischen Ziele und verbessert die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas. Daher sollten die Stärken in allen Regionen gefördert werden.

Die Kohäsions- und Strukturpolitik ist der zweitgrößte Politikbereich der Europäischen Union (EU), sie soll ihren wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt stärken. Ihr Anteil am EU-Haushalt beträgt rund ein Drittel, im Zeitraum der aktuellen Förderperiode von 2007 bis 2013 sind das insgesamt rund 346 Mrd. Euro (in laufenden Preisen). In der aktuellen Förderperiode wird in den alten Bundesländern und Berlin die EU-Strukturpolitik mit dem Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (RWB) umgesetzt. Das Finanzvolumen für die RWB-Gebiete beträgt rund 4.747 Mio. Euro. Mit den Mitteln soll stärker als in der vorherigen Förderperiode Wachstum und Beschäftigung in allen Regionen unterstützt und somit zur Zielsetzung der wachstumsorientierten Lissabon-Strategie beigetragen werden.

Debatte um die Fortführung. Obwohl die aktuelle Förderperiode noch nicht einmal zur Hälfte um ist, ist in der Europäischen Kommission und in den Mitgliedsstaaten bereits die Diskussion um die Fortführung der EU-Strukturpolitik ab 2014 entbrannt. So haben die EU-Politiker mit der im März dieses Jahres veröffentlichten „Strategie Europa 2020“ inhaltlich eine neue Richtung bekommen. Zusätzlich steht auf dem Prüfstand, ob die Förderung der entwickelten Regionen in Europa nach dem RWB-Ziel zukünftig fortgesetzt werden sollte. Eine ersatzlose Streichung hätte zur Folge, dass in Westdeutschland die Fördergebiete gänzlich wegfielen und in Ostdeutschland sich für viele der jetzigen Konvergenz-Regionen der Förderstatus ab 2014 weiter verschlechterte.

Die Prognos AG hat vor diesem Hintergrund im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie die Studie „Umsetzung des Ziels ‚RWB‘ im Rahmen der europäischen Strukturpolitik und Handlungsoptionen für seine Fortführung in der Förderperiode 2014–2020“ erstellt. Die Ergebnisse dieser Studie sind ein wichtiger Beitrag zur Diskussion, wie der beste Weg zur Erreichung europäischer Politikziele und der EU-Strategie 2020 aussehen könnte. Ausgewählte Ergebnisse werden im Folgenden dargestellt.

Strukturprobleme. Die sozioökonomische Situation Westdeutschlands zeigt, dass Strukturprobleme in verschiedenen Teilregionen und Sektoren fortbestehen. So liegt der ländliche Raum z. B. beim Produktivitätsniveau zurück und in einzelnen Branchen (z. B. Automobilbau und Telekommunikationstechnik) treten immer wieder Strukturkrisen auf. Zudem müssen die Regionen ständig neue Herausforderungen bewältigen, um ihre globale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und auszubauen. Im Blickpunkt stehen zudem Fragen des demografischen Wandels, der Energiesicherheit und des Klimaschutzes.

Strukturwirksamer Mitteleinsatz. Die Verteilung der Mitteleinsätze zeigt, dass für das Innovationssystem in der gesamten Förderperiode mit 1.782 Mio. Euro und rund 38 % ein erheblicher Anteil der EFRE-RWB-Mittel (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, EFRE) eingesetzt werden soll (siehe Abbildung). Für „Umwelt und nachhaltige Entwicklung“ werden 1.318 Mio. Euro (28 %) und für die Steigerung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit 1.524 Mio. Euro (32 %) der EFRE-Mittel investiert.

Nach Meldungen und Schätzungen wurden allein in den Jahren 2007 und 2008 mit der Investitionsförderung rund 1 Mrd. Euro Gesamtinvestitionen angeschoben und zur Schaffung von ca. 40.000 Arbeitsplätzen beigetragen. Zudem wurden 56 Forschungseinrichtungen und Kompetenzzentren gefördert, 400 FuE-Kooperations- und Verbundprojekte initiiert und 56 Netzwerke gefördert. Die Politik führt – und das ist die wichtige Botschaft – zu vielfältigen qualitativen Verbesserungen in den geförderten Regionen.

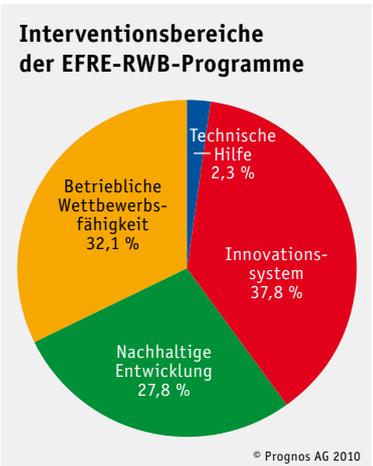
Die EFRE-RWB-Programme tragen dazu bei,

- die Wissensintensität und das technologische Niveau der Wirtschaft zu steigern, die Verknüpfung von Wirtschaft und Wissenschaft durch FuE-Projekte und den Aufbau von Netzwerken und Clusterstrukturen herzustellen und regionale Innovationssysteme zu entwickeln,
- die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen zu beschleunigen und so die Exportfähigkeit der Wirtschaft auch zukünftig auf hohem Niveau zu halten, das Investitionsniveau und die Modernisierung des Kapitalstocks insbesondere in den schwächeren Regionen zu unterstützen und die Nachteile von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) auszugleichen,
- in ausgewählten Bereichen infrastrukturelle Engpässe für die Entwicklung in den Regionen zu beseitigen.

Der EFRE trägt somit sachlich, räumlich und zeitlich zur strukturellen Anpassung der Regionen an neue Herausforderungen bei.

Zielorientierung und Prioritäten. Die EU-Strukturpolitik sorgt dafür, dass sich nationale und regionale Politiken an den europäischen Zielen wie der Lissabon- oder Göteborg-Strategie orientieren. Ohne den Finanzierungsbeitrag der EU bestünde auch aufgrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise die Gefahr, dass nur wesentlich weniger strukturwirksame Ausgaben der öffentlichen Haushalte getätigt werden würden. Die EFRE-RWB-Förderung weist damit einen hohen „europäischen Mehrwert“ auf.

Lissabon-Strategie. Die Verzahnung des EFRE mit den Lissabon-Zielen ist im Kern gelungen. Die in den deutschen RWB-Ländern bisher erreichte Ausgabenquote von rund 75 % zeigt, dass die operationellen Programme die Ziele der Lissabon-Strategie unterstützen. Die RWB-Länder sind aufgrund ihrer Dichte an Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Infrastrukturen sowie ihrer Anziehungskraft für Investoren und Arbeitskräfte dafür prädestiniert, die Erreichung der Lissabon-Ziele voranzubringen. In einigen Bundesländern lässt sich die Ausgabenquote je nach regionalen Ausgangsbedingungen und nach der Ausrichtung



anderer Politikansätze in den jeweiligen Bundesländern teilweise noch steigern.

Berücksichtigung regionaler Besonderheiten. Die Möglichkeit, die operationellen Programme auf die Vielfältigkeit der Regionen und damit auf die spezifischen Wachstumspotenziale auszurichten, hat sich als eine wichtige Voraussetzung für ihren Erfolg erwiesen. Dabei hilft auch die breite und modernere Instrumentenbasis der EU-Strukturpolitik, die die Wirksamkeit der Förderung erhöht hat. Bei einzelnen Instrumenten wie der Investitions- und Infrastrukturförderung wäre es möglicherweise sinnvoll, die Fördervoraussetzungen zu erhöhen, z. B., indem die Einbindung von Projekten in ein konkretes regionales Wachstumskonzept, in dem der regional-ökonomische Nutzen nachgewiesen wird, unbedingt erforderlich ist.

Der neue Ansatz der EFRE-RWB-Förderung, die endogenen Entwicklungspotenziale nicht nur in den strukturschwächeren, sondern auch in den strukturstärkeren RWB-Regionen zu aktivieren, hat die Mobilisierung der Wachstumspotenziale in allen Regionen ermöglicht. Dabei sollten allerdings – stärker als bisher – die Schwächen benachteiligter Regionen durch eine regional-thematische Konzentration einzelner Förderinstrumente ausgeglichen werden.

Neue Finanzinstrumente. In der aktuellen Förderperiode haben revolvierende Fonds verstärkt Einzug in die Praxis der EFRE-Förderung gefunden. Bisher sind rund 345 Mio. Euro EFRE-Mittel in Darlehens- und Risikokapitalfonds geflossen und haben insgesamt ein Volumen von rund 750 Mio. Euro geschaffen. Sie decken insbesondere im Bereich des Risikokapitals und der Mikrodarlehen den Bedarf. Eine weitere Aufstockung der Fondsvolumen ist denkbar, aber abhängig von konkreten Engpässen im Finanzierungssystem, hauptsächlich für KMU, und dem weiteren Verlauf der Banken- und Finanzkrise sowie daraus entstehenden Finanzierungsschwierigkeiten (Stichwort Kreditklemme).

Erfolgreiche Multilevel-Governance. Das Multilevel-Governance-System und das Zusammenspiel zwischen gemeinschaftlichen Zielen und dezentraler Umsetzung stellen einen wesentlichen Erfolgsfaktor für die Planung, Umsetzung und Steuerung der EU-Strukturpolitik dar. Die mehrjährige Programmplanung bietet die Möglichkeit, eine integrierte Gesamtstrategie unter Einbeziehung aller Ebenen und mehrerer Politikfelder (z. B. regionale Wirtschafts- und Innovationsförderung, Beschäftigungs-, Umwelt-, Gleichstellungspolitik) zu entwickeln. Sie garantiert die dauerhafte Ausrichtung der Förderpolitik auf strategische Ziele und Prioritäten. Die EFRE-RWB-Programme richten sich an alle relevanten Akteure der regionalen Entwicklung: Unternehmen, Wissenschaft, Netzwerke, Initiativen und öffentlicher Sektor, insbesondere Kommunen. Unsere Analysen deuten darauf hin, dass eine Verlagerung der Kompetenzen von der Länderebene auf die kommunale Ebene für die Erreichung wichtiger strategischer Ziele nicht förderlich wäre.

Neue Verfahren zur Projektauswahl. Über das klassische Auswahlverfahren von Projekten hinaus haben in der aktuellen Förderperiode weitergehende Verfahren wie das sogenannte Scoring

(gerade in Niedersachsen) und Wettbewerbe Einzug gehalten. Sie sollen die Förderwürdigkeit der Projekte maximieren. In Nordrhein-Westfalen (NRW) beispielsweise haben sich an den bisher abgeschlossenen 36 Calls (48 sind geplant) bis Ende 2009 insgesamt 2.025 Projekte mit fast 6.500 Kooperationspartnern beteiligt. In den ersten drei Wettbewerbsrunden bis Ende 2010 stehen insgesamt 400 Mio. Euro an Fördergeldern zur Verfügung. Damit wird in NRW das Programm zu großen Teilen mit Wettbewerben umgesetzt. Das zeigt, dass in der deutschen Strukturpolitik bereits jetzt neue Verfahren eingesetzt werden.

Dezentrale Verfahren. Debattiert wird, ob Strukturpolitik nur noch zentral in Brüssel nach dem Muster des Forschungsrahmenprogramms (FRP) umgesetzt werden sollte. Dieses Projektauswahlverfahren vernachlässigt allerdings wichtige Zielgruppen wie KMU, Cluster und Kompetenzfelder mit spezifischer regionaler und nationaler Relevanz. Sie erreichen das Innovationspotenzial von KMU – mit einem Anteil von nur 10–15 % – deutlich weniger als die dezentralen Verfahren im Rahmen der Strukturpolitik. Die vielfältigen regionalen Innovationssysteme würden im Vergleich zur EFRE-finanzierten Innovationsförderung suboptimal unterstützt und damit Wachstumspotenziale verschenkt werden. Die nach dem FRP implementierte Exzellenzförderung kann die Innovationsförderung des EFRE daher nicht ersetzen, sondern nur ergänzen.

Fazit. Die EFRE-RWB-Förderung setzt an fortbestehenden Strukturproblemen in verschiedenen Teilregionen und Sektoren an und entwickelt Potenzialfaktoren für Wachstum in den Regionen. Die Politik ist im implementierten Mehrebenensystem besonders wirksam und leistet vielfältige Beiträge zu den einzelnen Dimensionen des europäischen Mehrwerts. Dank der umgesetzten Strukturpolitik orientiert sich das nationale und regionale Politikverhalten an den europäischen Zielen. Dieser Politikansatz greift die neuen Herausforderungen für die Regionen auf. Fokussierungen und Anpassungen sind dennoch hilfreich, um die erwarteten strukturellen Wirkungen noch zu erhöhen und neuen Anforderungen an die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen gerecht werden zu können. Eine Fortführung der RWB-Förderung im Rahmen der Kohäsionspolitik ab 2014 ist gerade auch im europäischen Interesse.

Da die Debatte in 2010 insbesondere auch im Hinblick auf die Strategie Europa 2020 auf vielen Ebenen fortgeführt werden wird, ist es wichtig, weiterhin Sachargumente einzubringen. Prognos ist ein geeigneter Partner für die Unterstützung dieser Debatte.

Holger Bornemann
holger.bornemann@prognos.com



Regionalwirtschaftliche Effekte der Konjunkturoffensive Hamburg

Prognos hat mit einer Ex-ante-Untersuchung erstmalig die Wirkungsmessung eines Konjunkturprogramms in Deutschland vorgenommen.

Deutschland erlebte im Verlauf des Jahres 2009 den tiefsten Einbruch der Wirtschaftsleistung der letzten 30 Jahre. Als Antwort auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise haben die Regierungen reagiert und Maßnahmen ergriffen, um die Krise abzuwachen und eine sich vertiefende Depression abzuwenden.

Die Bundesregierung hat den Ländern im Rahmen des Konjunkturpakets II Finanzmittel für die Durchführung von Konjunkturmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Für die Freie und Hansestadt Hamburg wurde durch Kofinanzierung und mit einem eigenen Konjunkturprogramm, der „Konjunkturoffensive Hamburg“, die Möglichkeit geschaffen, rund 750 Mio. Euro in die öffentlichen Infrastrukturen zu investieren.

Wie wirken Konjunkturprogramme? Dass die Konjunktur in Deutschland durch gezielte Maßnahmen gestützt werden muss, darin waren sich fast alle Ökonomen einig. Uneinigkeit bestand jedoch bei der Auswahl des Instrumentariums. Die Wirkungen einiger angebots- und nachfrageseitiger Instrumente wurden von verschiedenen Seiten bezweifelt. Außerdem waren die zu erwartenden ökonomischen und fiskalischen Effekte bis dato noch nicht quantifiziert worden.

Vor diesem Hintergrund wurde die Prognos AG von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit der Freien und Hansestadt Hamburg beauftragt, die quantitativen und qualitativen Wirkungen der eingesetzten Konjunkturmittel ex ante abzuschätzen. Die Ergebnisse des Gutachtens wurden Anfang des Jahres in Hamburg vorgestellt.

Als Maßstab für die Evaluierung müssen die übergeordneten Ziele eines Konjunkturprogramms herangezogen werden. Ziel von Konjunkturpaketen sollte immer die kurzfristige und zielgenaue Wirksamkeit sein. Darüber hinaus sind mittel- und langfristige strukturbeeinflussende Wirkungen willkommen.

Kombination makro- und mikroökonomischer Analysen. Die Ex-ante-Ermittlung der Effekte von Investitionen im Rahmen einer Konjunkturoffensive erfordert eine dezidierte Methodik. Es sollen sowohl nachfrageseitige temporäre Effekte, die sich durch die Investitionsausgaben ergeben, als auch strukturelle Effekte mit eher langfristiger Wirkung identifiziert und quantifiziert werden. Für die Evaluierung dieser Zusammenhänge wurde eine Kombination aus Top-down- und Bottom-up-Ansatz gewählt. Das eingesetzte RegioInvest-Modell der Prognos AG ermöglicht eine Quantifizierung der ökonomischen Gesamtwirkungen (siehe Abbildung).

Die berechneten Wirkungen lassen sich dabei in direkte, indirekte, einkommensinduzierte sowie katalytische bzw. strukturelle Effekte unterteilen.

Der Top-down-Ansatz erfasst in einer Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen Impulse die nachfrageseitigen (temporären) Effekte der Investitionen der „Konjunkturoffensive Hamburg“ anhand der regionalen und überregionalen Vorleistungsverflechtungen.

Die strukturell-nachhaltigen Effekte werden im Bottom-up-Ansatz mittels einer Wirkungskettensystematik erhoben. Dabei handelt es sich um mikroökonomische Einzelfallbetrachtungen. Hier kommen im Rahmen von unterschiedlichen Wirkungsbündeln annahmenbasierte Multiplikatormodelle und projektbezogene Einschätzungen zum Einsatz. Die strukturellen, nachhaltig wirksamen Einflüsse der Maßnahmen auf die regionale Wirtschaft

werden untersucht. Dabei werden neben Bruttowertschöpfung und Beschäftigung z. B. auch mögliche CO₂-Einsparungen durch Energieeffizienzmaßnahmen ermittelt. Der gewählte Ansatz ermöglicht zudem die Darstellung von qualitativen strukturellen Effekten, wie z. B. erhöhte Standortattraktivität und Lebensqualität.

Großteil der ökonomischen Effekte wirkt in Hamburg. Die Evaluierungsergebnisse zeigen den beachtlichen Nachfrageimpuls der Maßnahmen für die regionale Wirtschaft. Hamburg hat mit seinen Investitionen den richtigen Schwerpunkt gewählt, um das Gros der Effekte auch in der Region Hamburg zu generieren. So wird bis 2014 eine Bruttowertschöpfung in Höhe von 1,395 Mrd. Euro durch nachfrageseitige und strukturelle Effekte in Hamburg generiert. Dies sichert und schafft bis zu 4.900 Arbeitsplätze p. a. Darüber hinaus werden nachhaltige Struktureffekte in den Bereichen Lebensqualität, Image, Lehr- und Lernumgebung in Schulen, Attraktivität als Wissenschafts- und Forschungsstandort sowie Sicherung der Hafeninfrastrukturen bewirkt.

Auf die richtige Schwerpunktsetzung kommt es an. Hamburg hat als erstes Bundesland die Wirksamkeit seiner Konjunkturpakete auf den Prüfstand gestellt. Die Ergebnisse werfen die Frage auf, inwiefern die Investitionen der anderen Bundesländer, des Bundes oder anderer Staaten ihre Wirkungen entfalten und ob bei diesen Investitionen die richtigen bzw. wirksamsten Schwerpunkte gesetzt worden sind.

Zusammenführung der makro- und mikroökonomischen Betrachtung im Prognos RegioInvest-Modell

Erfassung der Auswirkungen mit allen (gemessenen) Wechselwirkungen (branchenspezifische Beschäftigung, Wertschöpfung).
Einbindung von strukturellen Effekten ist nicht direkt möglich.

Makroökonomische gesamtwirtschaftliche Betrachtung (top-down)

Prognos AG – RegioInvest-Modell

Mikroökonomische Einzelfallbetrachtung (bottom-up)

Erfassung der Wirkungen einzelner Projekte (Arbeitsplätze, Umsatz).
Rückschluss auf die gesamtwirtschaftliche Wirkung ist nicht direkt möglich.

© Prognos AG 2010

Peter Kaiser
peter.kaiser@prognos.com
Daniel Brünink
daniel.brueinink@prognos.com



Download der Studie: www.prognos.com/publikationen



Ostdeutschland braucht eine zukunftsorientierte Exportförderung

Um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen die Regionen Ostdeutschlands ihre Exportpotenziale beleben. Prognos kann dabei helfen, die passenden Exportstrategien zu entwickeln.

Die Warenexporte Ostdeutschlands liegen mittlerweile bei knapp 8 % aller Warenexporte Deutschlands. Der Anteil Ostdeutschlands am deutschen Außenhandel hat dabei in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen: Die ostdeutschen Warenexporte stiegen zwischen 2002 und 2008 um 10,8 % p. a. und liegen damit deutlich über dem Zuwachs Westdeutschlands von 6 % p. a. Laut der Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes ist die Exportorientierung Deutschlands mit einer Warenexportquote (Anteil der Warenexporte am Bruttoinlandsprodukt) von 39 % in 2008 insgesamt immer noch deutlich stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland, wo die Warenexportquote bei 20,3 % liegt. Wie lässt sich dieser Unterschied erklären?

Gründe für den Exportrückstand Ostdeutschlands. Berechnungen der Prognos AG haben ergeben, dass die Exportschwäche nur zum Teil durch die kleinteilige Betriebsgrößenstruktur und den Branchenmix Ostdeutschlands erklärt werden kann. Ein Großteil des Exportrückstands resultiert aus den Umfeldbedingungen: So haben Großunternehmen und große Mittelständler ihre Zentren zumeist in Westdeutschland. Viele Betriebe übernehmen eine Zulieferfunktion für westdeutsche Exporteure und sind in frühe Phasen der Wertschöpfungskette eingebunden. Aber auch unternehmensbedingte Ursachen, wie ein geringes Alter der Firmen, geringe freie Managementkapazitäten und Know-how für die Exportaufnahme, fehlende langfristig gewachsene Auslandskontakte, z. B. nach Japan oder in die USA, und fehlende Netzwerkkontakte spielen eine Rolle.

Hier ergeben sich Ansatzpunkte für die regionale Wirtschaftsförderung, Exportpotenziale zu aktivieren und damit die regionale Wirtschaft zu stärken. Laut einer Befragung der Prognos AG sehen auslandserfahrene Unternehmen Chancen vor allem in der Umsatzsteigerung und der Erweiterung der Kundenbasis. Positiv bewertet wird zudem, durch den Export Betriebsstätten und Arbeitsplätze am Standort Deutschland zu sichern und inländische Umsatzzwankungen auszugleichen. Statistische Analysen zeigen, dass Exporteure ein höheres Mitarbeiterwachstum haben, womit die Erwartungen der Unternehmen als realistisch einzuschätzen sind: Im Befragungssample haben ostdeutsche Exporteure im Zeitraum 2005 bis 2008 mit 7,2 % p. a. ein messbar höheres Mitarbeiterwachstum als Nicht-Exporteure mit 5,3 % p. a. Dabei gilt der Befund gleichermaßen für die Subgruppen der junge und etablierten Unternehmen sowie für kleine und größere Mittelständler.

Gezielte regionale Strategien zur Förderung der Exporttätigkeiten. Vieles deutet darauf hin, dass ostdeutsche Unternehmen ihre Exportchancen noch nicht vollständig nutzen. Gerade im Bereich der deutschen Exportleitbranchen Maschinenbau, Chemie, Fahrzeugbau, Metall- und Elektroindustrie steckt ungenutztes Potenzial. Die Befragung der Prognos AG zeigt, dass viele dieser Unternehmen exportwillig sind: 47 % der Nicht-Exporteure können sich zukünftig einen Export vorstellen oder planen diesen bereits konkret. Durch qualitative Analysen konnten mehrere interessante Best-Practise-Beispiele der Außenwirtschaftsförderung in Ostdeutschland identifiziert werden, die dabei helfen, dieses Potenzial weiter zu entfalten. Die Handlungsfelder und Maßnahmen für eine effektive Außenwirtschaftsförderung können mit Hilfe eines

Pyramidenmodell der Außenwirtschaftsförderung



„Pyramidenmodells“ strukturiert werden, das sich an der Erfahrung der Unternehmen im Außenhandel orientiert.

Insbesondere nicht exportierende Unternehmen aus exportaffinen Branchen sowie potenzielle Exporteure sollten im Fokus regionaler Wirtschaftsförderung stehen. Gezielte Instrumente, die für die Aufnahme von Auslandsaktivitäten sensibilisieren, unterstützen die Erschließung von neuen Absatzwegen und -märkten. Das Programm „Planvoll ins Ausland“, eingerichtet von der Investitionsbank Berlin, wendete sich an Firmen, die noch nicht exportieren. Das Programm basierte im Wesentlichen auf dem individuellen Coaching durch erfahrene Manager und Vertriebsexperten, die die Unternehmen in mehreren Schritten begleiteten. Die Ausarbeitung eines Export-Businessplans war dabei ein wesentlicher Bestandteil, an den auch die finanzielle Förderung gekoppelt war.

Nach der ersten Sensibilisierung kann die Wirtschaftsförderung vor allem im Bereich der Auslandsmesseförderung Akzente setzen. Ein sehr erfolgreiches, nachahmenswertes Projekt konnte in Mecklenburg-Vorpommern identifiziert werden. In Zusammenarbeit mit der IHK Schwerin, der FH Wismar und dem Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern haben Studenten nicht exportierende Unternehmen aus exportaffinen Branchen bei der Entwicklung eines Auslandsmessekonzeptes im Rahmen ihrer Abschlussarbeit unterstützt. Die zehn teilnehmenden Unternehmen haben die Konzepte ausnahmslos als Gewinn gesehen und sind im Begriff, ausländische Märkte zu erschließen. Bei diesem preiswerten Projekt war es eine Hilfe, dass Studenten und Unternehmen vielfach aus der gleichen Region kamen und so eher eine Vertrauensbasis fanden.

Die Prognos AG kann die außenwirtschaftliche Verflechtung von Regionen mit Hilfe spezifischer Sonderauswertungen der Außenhandelsstatistik und des Prognos Globalisierungsreport 2009 analysieren. Mit dem Prognos Globalisierungsreport kann die Attraktivität von Auslandsmärkten spezifisch für Regionen und Branchen beurteilt werden. Aufbauend auf den Erhebungen werden regionsspezifische Exportförderungsstrategien für die unterschiedlichen Unternehmenstypen entwickelt.

Dr. Philip Steden
philip.steden@prognos.com

Jan Berewinkel
jan.berewinkel@prognos.com

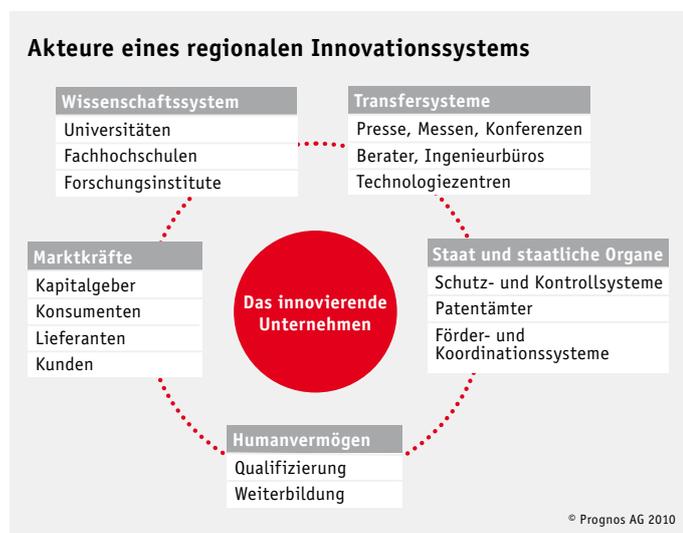


Kompetenzfeldstrategien befördern Zukunftsthemen

Regionale Wirtschaftspolitik sollte die Entwicklung regionaler Innovationssysteme adressieren, um eine wirksame und nachhaltige Kompetenzfeldentwicklung zu forcieren.

Regionen stehen untereinander zunehmend im Standortwettbewerb. Für die einzelnen Regionen kommt es darauf an, ein authentisches wirtschaftspolitisches Profil zu entwickeln, welches Branchenkompetenz demonstriert und überregional ausstrahlt. Eine Region kann ein solches Profil nur entwickeln, wenn es sich auf seine endogenen Entwicklungspotenziale konzentriert, Zukunftsthemen frühzeitig identifiziert und bestehende Kompetenzfelder konsequent ausbaut. Vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Finanzmittel gewinnt die „Stärken stärken“-Strategie zunehmend an Bedeutung und zwingt zu einem konzentrierten und zielgerichteten Mittelseinsatz.

Stärkung des regionalen Innovationssystems. Zukunftsthemen können durch eine an dem regionalen Innovationssystem ausgerichtete Wirtschaftspolitik befördert werden. Eine solche Politik unterstützt Wissenschaft, Wirtschaft und ihre Querbezüge, von der ersten Ideengenerierung bis hin zur Markteinführung einer Innovation und zu unterstützenden Maßnahmen beispielsweise in der Infrastruktur.



Unter einem regionalen Innovationssystem versteht man einen räumlich konzentrierten Verbund von Unternehmen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen mit engen und vielfältigen Vernetzungen entlang der Wertschöpfungskette, auf denen ihr insgesamt hohes Entwicklungspotenzial basiert, sowie die durch die staatlichen Akteure geschaffenen Rahmenbedingungen.

Kompetenzfeldstrategie des Landes Bremen. Das Land Bremen begleitet bereits seit den 1990er-Jahren den strukturellen Wandel in der bremischen Wirtschaft, indem es seine Wirtschaftspolitik strategisch auf das „Stärken stärken“ und die Weiterentwicklung des bremischen Innovationssystems ausgerichtet hat. Im Rahmen einer Studie für den bremischen Senator für Wirtschaft und Häfen (SWH) hat die Prognos AG die Wirkung der EFRE-Förderung (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) auf die Entwicklung des regionalen Innovationssystems anhand von Fallstudien analysiert

und die Erfolgsfaktoren der bremischen Kompetenzfeldstrategie identifiziert.

In Bremen wird die regionale Wirtschaftspolitik maßgeblich von nationalen und europäischen Förderprogrammen finanziell getragen. Das Land Bremen setzt die zur Verfügung stehenden Fördermittel und -instrumente im Sinne eines integrierten Politikansatzes und für die Umsetzung der bremischen Kompetenzfeldstrategie ein. Dabei hat die Formulierung einer ressortübergreifenden Strategie zum Einsatz der EFRE-Mittel entscheidend dazu beigetragen, dass die sektoralen Politiken besser auf gemeinsame landespolitische Ziele abgestimmt sind.

Diese integrierte und aufbauende Gesamtstrategie sorgte für eine breite Aktivierung der regionalen Akteure, regte ihre FuE-Tätigkeit und Vernetzung an und stärkte so nachhaltig die Leistungsfähigkeit des regionalen Innovationssystems.

Die bremische Wirtschaftspolitik hat die Akteure des Innovationssystems zum Zeitpunkt des Bedarfs und entsprechend des Entwicklungsstadiums des Kompetenzfeldes zielgerichtet an den wesentlichen Schnittstellen des regionalen Innovationssystems unterstützt und so die Kompetenzfeldentwicklung entscheidend vorangetrieben. Der eingesetzte Instrumentenmix umfasste die Förderung von Transfer- und Netzwerkinfrastrukturen, betriebliche FuE-Förderung, Gewerbeflächenentwicklung, betriebliche Investitionsförderung, Qualifizierung und Weiterbildung sowie den Aufbau von Forschungseinrichtungen.

Die Umsetzung der bremischen Kompetenzfeldstrategie (Windenergie, innovative Materialien etc.) ist bisher erfolgreich verlaufen. Der Förderansatz adressiert die Potenzialfaktoren für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung, beschleunigt den strukturellen Wandel und erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der Region im globalen Wettbewerb. Der bremische Politikansatz kann als ein gelungenes Beispiel angesehen werden und hat Potenzial zur Übertragung auf andere Regionen.

Regionalpolitik unterstützt integrative Wirtschaftspolitik. Die Umsetzung einer regionalen Kompetenzfeldstrategie erfordert räumliche Nähe und die Vernetzung mit den Akteuren des regionalen Innovationssystems. Akteure vor Ort können regionale Zukunftsthemen identifizieren und besitzen die notwendigen Kenntnisse über die endogenen Entwicklungspotenziale einer Region.

Entscheidend für eine erfolgreiche Umsetzung ist darüber hinaus die sektorübergreifende Ausrichtung der Förderpolitik an gemeinsamen strategischen Zielen. Regionalpolitik bündelt eine Vielzahl sektoraler Politiken und ist damit in der Lage, eine integrative strategische Wirtschaftspolitik nach dem Motto „Stärken stärken“ umzusetzen.



Ralph Rautenberg
ralph.rautenberg@prognos.com



Prozessbegleitung als erfolgreicher Weg der Wirtschaftsförderung

Städte und Regionen profitieren von Beratungsprodukten, mit deren Hilfe es gelingt, die Akteure vor Ort zu mobilisieren und die Maßnahmen im Dialog umzusetzen.

Metropolregion, Gesundheitsregion, Clusterstandort, Wissensstadt – was alle diese Namensgebungen deutlich machen: Regionen und Kommunen versuchen, ihre Entwicklung auf die zukünftigen Herausforderungen auszurichten. Diese Zukunft ist durch die gleichen zentralen Megatrends vorgezeichnet und somit sind es letztlich ähnliche Herausforderungen, die die Kommunen zu meistern haben. Aus den Megatrends Demografie, Globalisierung und Klima erwachsen beispielsweise Aufgaben wie die Deckung des Fachkräftebedarfs, die Steigerung der Innovationsfähigkeit im Weltmaßstab oder die Initiierung einer integrierten kommunalen Klimapolitik.

Die Frage, die sich hieraus ergibt, ist die nach den passenden Instrumenten zur mittel- und langfristigen Ausrichtung der Kommunen an diese Herausforderungen. Wie gelingt es, nicht nur das Lösungswissen zu generieren, sondern die Umsetzung von Lösungsstrategien zu begleiten?

Letztlich liegt ein Schlüssel für den nachhaltigen Erfolg in dem strategieorientierten Prozess, der eingeschlagen wird. Das Schicksal vieler exakter und treffsicherer Gutachten ist bekannt, daher sollte der konkrete Umsetzungsprozess bereits bei der Erarbeitung bedacht und initiiert werden.

Entwicklungsprozesse gemeinsam mit Leben füllen. Eine aktive und strategieorientierte Prozessbegleitung ist ein Instrument, mit dem relevante Schwerpunktthemen umgesetzt werden können. Ein erster grundlegender Erfolgsfaktor ist die politische Legitimation des Projektes. Ein mittel- bis langfristiger Entwicklungs- und Veränderungsprozess benötigt einen breiten politischen Konsens sowie die uneingeschränkte Unterstützung der Stadt- oder Regionsspitze. Auf der Basis dieser politischen Rückendeckung zeigen sich in den Projekten wiederkehrende Elemente, die das Gerüst des Prozesses bilden:

- Im Rahmen der ersten, analytischen Phase müssen Grundlagen erarbeitet werden. Je nach Fragestellung sind dies übergreifende Strukturanalysen, zusammenführende SWOT-Analysen oder dezidierte Kompetenzfeldanalysen. Als Ergebnis werden – neben der Transparenz der regionalen Potenziale, zentralen Herausforderungen und dem Wissen um die wettbewerblichen Stärken – Umsetzungserfordernisse und strategische Wege benannt. Das „Papier“ steht – und viel zu häufig endet hier die Begleitung.
- Während der ersten Phase muss ein weiterer Erfolgsfaktor beachtet werden: Die aktive Einbindung der kommunalen bzw. der regionalen Akteurslandschaft ist ein Grundpfeiler für die thematische Verankerung und die nachhaltige Umsetzung von Projekten und Initiativen. Es genügt allerdings nicht, die Akteure über einen Beirat einzubinden, sondern gerade die wirtschaftlichen Akteure sollten in einer Win-win-Beziehung Träger der operativen Projektarbeit sein.
- Die dritte Säule im Konzept umfasst die Schaffung von Organisation. Die Analysen, bilateralen Gespräche oder auch die Statements auf Begleitsitzungen können nur über eine organisatorische Strukturierung nachhaltig gebunden werden. Die Möglichkeiten einer Organisationsstruktur sind je nach Situation sehr unterschiedlich. Wichtig sind eine außenwirksame Aufstellung, ein schlanker interner Aufbau mit enger Steuerung, die inhaltliche Verankerung und die Finanzierung unter Einbeziehung von Förderungen.

Prozessbegleitung in den Städten Bottrop und Münster – zwei nordrhein-westfälische Beispiele. Die Stadt Bottrop hat sich vor dem Hintergrund der Kohlebeschlüsse und eines beschleunigten Strukturwandels entschieden, das Projekt „Zukunftsstandort.bottrop.“ zu initiieren. Die gemeinsam erarbeitete Philosophie konzentriert sich auf mittel- und langfristig bedeutende und beeinflussbare wirtschaftsbezogene Themen der Stadt. In einem offenen und letztlich nie abgeschlossenen Projekt sind in gut einem Jahr sieben Aktionsfelder inhaltlich strukturiert und organisatorisch fixiert worden. Das Gesamtprojekt ist in drei Teile gegliedert: eine themenorientierte SWOT-Analyse zur Auswahl von Aktionsfeldern, der Aktionsfeldarbeit als operative Plattform für die Entwicklung und Mobilisierung thematischer Felder sowie dem Masterplan als strategisches Papier, um den Prozess in die Leitlinien und Ziele einer wirtschaftlichen Stadtentwicklung einzubinden. Im Mai 2010 wird der „Zukunftsstandort.bottrop.“ in den Rat der Stadt eingebracht.

Das Projekt „Kompetenzstandort Münster“ ist ähnlich wie in Bottrop ein betreuter Entwicklungsprozess. Eng an der Clusterpolitik orientiert wurden Kompetenzfelder herausgearbeitet und die bestehenden wirtschaftsfördernden Einrichtungen organisatorisch – entsprechend ihrer nun verstärkten interagierenden Aufgaben – angepasst. In moderierten Netzwerken von Unternehmen, Wissenschaft und Politik werden regional starke Branchenformationen zusammengeführt, woraus Wettbewerbsvorteile für die beteiligten Unternehmen und wissenschaftlichen Institutionen erwachsen. Der Entwicklungsprozess ist Bestandteil der regionalen Clusterstrategie des Münsterlandes. Die Netzwerke mit ihren Akteuren ermöglichen es der Stadt bzw. Region – unter Anwendung des „Stärken stärken“-Prinzips –, im Rahmen der (inter-)nationalen Profilierung die wirtschaftliche Stärke zu sichern und das wirtschaftliche Profil des Standortes zu schärfen.

Neue Wege beschreiten. Prozessbegleitungen sind alles andere als ein Standardprodukt, sie müssen mit Fingerspitzengefühl und viel Erfahrungswissen den jeweiligen wirtschaftsstrukturellen Gegebenheiten angepasst werden. Wie die aktuellen Projekte in Münster und Bottrop zeigen, ähnelt sich das Design des Prozesses.

In solchen Entwicklungs- und Veränderungsprozessen wird Neues gewagt – und das motiviert ungemein. Ein Großteil der Arbeit besteht darin, die wichtigen Schlüsselthemen zu identifizieren und die Akteure zu mobilisieren, daher haben die Kunden und Berater einen kommunikativen und lebendigen Job, der über die Projekte hinaus Früchte trägt.

Oliver Lühr
oliver.luehr@prognos.com

David Helfenbein
david.helfenbein@prognos.com





Wertschöpfung 2.0: Wissensintensive Dienstleistungen

Die Verknüpfung von Produktion und Dienstleistungen entlang der Wertschöpfungskette eröffnet neue Märkte und stärkt den Wirtschaftsstandort.

Allein in Deutschland erstellen derzeit mindestens 2,5 Millionen Beschäftigte wissensintensive Dienstleistungen. Hinter diesem wichtigen Wirtschaftsfaktor stehen eine Reihe von unterschiedlichen Branchen: So zählen neben Architektur- und Ingenieurbüros, Softwarehäusern, Datenverarbeitungsdiensten auch Rechts- und Unternehmensberatungen, Werbeagenturen sowie private Forschungsinstitute zur Gruppe der wissensintensiven Dienstleistungen.

Ob in Dienstleistungsunternehmen oder produktbegleitend in Industriebetrieben – Dienstleistungen bestimmen entscheidend die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Wissensintensive Dienstleistungen sind durch folgende Elemente geprägt: Innovativität, Kundeninteraktion, Wissensintensität sowie Immaterialität.

Produkte und Dienstleistungen verschmelzen immer mehr und ermöglichen dadurch das, was Forscher als hybride Wertschöpfung oder auch Wertschöpfung 2.0 bezeichnen.

Hybride Wertschöpfung als Innovationsmotor.

Dem gestiegenen Wettbewerbsdruck begegnen Unternehmen zunehmend durch Kundenbindung. Ein zentraler Aspekt ist hierbei die Ausweitung und Verbesserung ihres Serviceangebots. Dabei sollen vor allem gestaltende, betreuende und beratende Dienstleistungen, sogenannte produktbegleitende (hybride) Dienstleistungen, entwickelt werden.

Durch Entwicklung, Bereitstellung, Anwendung und Überarbeitung integrierter Serviceprozesse werden materielle Komponenten aufgewertet. Dazu gehören u.a. eine kundengerechte Inbetriebnahme, Instandhaltung und Wartung. Durch die frühzeitige Verzahnung von Produktentwicklung, Kundendienst, Prozessberatung und moderner Informationstechnologie entstehen hybride Dienstleistungen, welche den Lebenszyklus prozessorientierter Produkt- und Serviceinformationen beim Hersteller abbilden. Die gestiegene Bedeutung solcher Dienstleistungen in komplexen Bündeln wird zum entscheidenden Differenzierungsmerkmal für Unternehmen.

Die Frage, ob es sich bei einer Problemlösung um eine Sachleistung, eine Dienstleistung oder um eine Kombination aus beidem handelt, wird zukünftig immer schwieriger zu beantworten sein und zugleich an Bedeutung abnehmen.

Innovationsorientierte Impulse für die Standortentwicklung. Wissensintensive Dienstleistungen besitzen zweifelsohne das Potenzial, durch Verlängerung von Wertschöpfungsketten neue Märkte zu eröffnen und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Unternehmen stehen vor der großen Herausforderung, wie Serviceprodukte analog zu Sachprodukten entwickelt werden können und wie deren Servicequalität beschrieben werden kann.

Und die Wirtschaftsförderer? Ihnen fällt es in der Regel sehr schwer, dieses Zukunftsfeld zu erschließen und ihren Bestandsunternehmen Unterstützung anzubieten.

Die Grenzen zwischen Sach- und Dienstleistung verschwimmen. Dies erschwert die inhaltliche Erfassung im Rahmen klassischer Branchenanalysen. Wie wird diese Zielgruppe also erfasst?

Aktuelle Projekterfahrungen der Prognos AG, wie die Kurzevaluierung der Dienstleistungsinitiative „Serviceland Sachsen“, die Kompetenzfeldentwicklung „Wissensintensive Dienstleistungen“ in Münster sowie die Konzipierung und fachliche Begleitung des Wettbewerbs des Ziel2.NRW-Programms „WissensWirtschaft.NRW“ (<http://wissenswirtschaftnrw.prognos.com>) zeigen, dass für die Entwicklung innovativer Dienstleistungen das spezifische Know-how der Mitarbeiter, Produkte, Technologien sowie die arbeitsteiligen (Prozess-) Strukturen entscheidend sind.

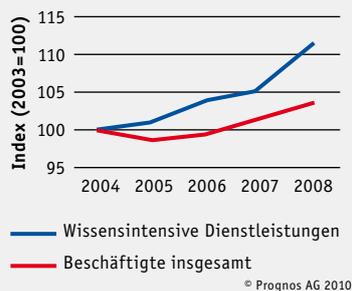
Als vielversprechender Lösungsansatz hat sich ein iterativer, branchenübergreifender Analyseprozess bewährt. Dieser gewährleistet die Mobilisierung regionaler Akteure und den Diskurs zur Entwicklung wissensintensiver Dienstleistungen:

1. Eine erste Branchen- und Wertschöpfungskettenanalyse zeigt das Potenzial wissensintensiver Dienstleistungen und erste Anknüpfungspunkte auf.
2. Die anschließende Trend- und Marktpotenzialanalyse dient der Voridentifikation zukunftssträchtiger Dienstleistungen.
3. Eine aktors- und kompetenzbezogene Nachfrage- und Bedarfsanalyse schließt sich an. Wissensintensive Dienstleistungen beruhen auf Fachwissen von Experten, welches durch einen hohen Individualisierungs- und Interaktionsgrad gekennzeichnet ist. Dieses ist systematisch zu sammeln, aufzubereiten und zu analysieren.
4. Vor allem das Matchingproblem muss gelöst werden. Hierzu sollten die identifizierten Akteure direkt angesprochen werden, um ihnen Gestaltungsmöglichkeiten von Produkten im Dienstleistungsprozess aufzuzeigen. Sie selbst können spezifische Anforderungen an Dienstleistungen definieren.

Wissensintensive Dienstleistungen entstehen in einem Zusammenspiel von Akteuren, Ressourcen und Aktivitäten. Wirtschaftsförderung als wissensbasierte Dienstleistung sollte dabei zum Ziel haben, neue Gestaltungslösungen für den Austausch von innovationsrelevantem Wissen in der regionalen Standortentwicklung zu etablieren.

Vielen Unternehmen, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen, ist das Marktpotenzial von Dienstleistungen kaum bewusst. Die Sensibilisierung für Serviceprodukte ist jedoch unabdingbar, um das Themenfeld in Unternehmen und für einen Wirtschaftsstandort zu erschließen. Nur so kann die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen bzw. mit der Wissenschaft intensiviert werden.

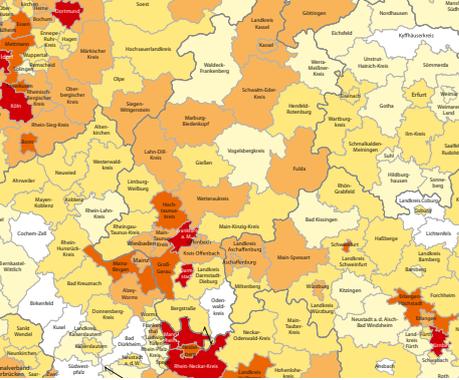
Wissensintensive Dienstleistungen mit hoher Impulswirkung für die Beschäftigungsentwicklung in Deutschland



Dr. Olaf Arndt
olaf.arndt@prognos.com

Simon Hennchen
simon.hennchen@prognos.com





Wie Unternehmen richtige Standortentscheidungen treffen

Die Wirtschafts- und Finanzkrise beeinflusst die unternehmerischen Standortfaktoren: ein günstiger Zeitpunkt, um Standort- und Investitionsprojekte neu zu bewerten.

Der demografische Wandel, kürzere Innovationszyklen und ein verändertes Nachfrageverhalten stellen Standortplanung und Markterschließung vor neue Herausforderungen. Seit 2004 schrumpft die Bevölkerung in Deutschland mit zunehmender Intensität und die sozioökonomischen Gegensätze von Regionen nehmen weiter zu. In Folge des demografischen Wandels wird sich das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen starken west- und süddeutschen Metropolregionen und strukturschwachen ländlichen Räumen insbesondere in Nord- und Ostdeutschland weiter verschärfen.

Diese Entwicklungen haben spürbare Auswirkungen auf die Wirtschaft. Für Unternehmen werden die Rahmen- und Marktbedingungen zunehmend heterogener und tendenziell steigen die Risiken bei Standort- und Investitionsentscheidungen. Dies gilt insbesondere für konsumorientierte Produkte und haushaltsnahe Dienstleistungen mit lokalen und regionalen Markt- und Absatzbedingungen und einer Präsenz vor Ort. Die Wahl des richtigen Standortes beeinflusst in sehr vielen Branchen maßgeblich den unternehmerischen Erfolg und wird damit für die strategische Unternehmensentwicklung zunehmend wichtiger.

Spezifische Standortfaktoren. Die Standortfaktoren, Zielgruppen und Wettbewerbsbedingungen variieren zwischen den Branchen und Märkten erheblich und jedes Unternehmen stellt spezifische Standortanforderungen. Standardisierte Ansätze helfen im Rahmen der Standortplanung und Marktforschung selten weiter. Generell lassen sich folgende standortsuchende bzw. standortoptimierende Unternehmen unterscheiden:

Für Betriebe in unternehmens- und haushaltsnahen Dienstleistungsbranchen (u. a. Einzelhandel, Banken) sind die regionalen Absatzbedingungen von großer Bedeutung. Gelten die Privathaushalte als Endkunden, so bilden Zielgruppendichte, zukünftige Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung, Kaufkraft, Präferenzen und produktspezifische Nachfragedeterminanten die erfolgsbestimmenden Standortfaktoren. Der demografische Wandel wird spürbare Konsequenzen gerade bei Standortplanung in diesem Bereich haben.

Bei Industrieunternehmen mit regionalen Liefer-, Entwicklungs- und Produktionsbedingungen und überregionalen Absatzmärkten gehören die Beschaffungs-, Herstellungs-, Vertriebs- und Lohnkosten, die Markt- und Kundennähe, die Produktqualität sowie die langfristige Fachkräftesicherung zu den zentralen Erfolgs- und Standortfaktoren. Je nach (Sub-)Branche gehört auch die Einbindung des Unternehmens in Wertschöpfungsketten und Clusterstrukturen zu den zentralen Standortanforderungen.

Für Unternehmen, die Immobilien, Netzwerk- und Infrastrukturleistungen anbieten, sind die dauerhafte Auslastung der Kapazitäten sowie die Amortisierung der Investitionskosten maßgebliche Bewertungskriterien für Investitions- und Standortentscheidungen. Die Abschätzung der zukünftigen Nachfrageentwicklung nimmt aufgrund des sehr langen Zeitraums eine sehr wichtige Bedeutung ein.

Im Laufe der Zeit wird es aufgrund wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Trends sowie signifikanter Preis-, Währungs- und Kostenschwankungen für jedes Unternehmen immer wieder zu einer Neubewertung der Standortfaktoren kommen. Die aktuelle

Wirtschafts- und Finanzkrise ist für viele Unternehmen Anlass zur strategischen Neuausrichtung, was die betriebliche Standortfrage mit einschließt.

Risiken frühzeitig erkennen. Die Risiken von Investitions- und Standortentscheidungen lassen sich durch fundierte Marktkenntnisse entscheidend reduzieren, erfordern aber gleichzeitig umfangreiches Wissen über die zukünftige Marktentwicklung und die spezifischen Standortbedingungen. Mit ihren Beratungsangeboten hilft die Prognos AG Unternehmen, zukunftsgerichtete Markt- und Standortentscheidungen auf Basis belastbarer Informationen zu treffen. Die Grundlagenstudien mit den Prognos Zukunftsatlanten „Branchen“ bzw. „Regionen“ sowie dem Prognos Deutschland Report bilden einen wichtigen Baustein für den schnellen Einstieg in die Standortberatung von Unternehmen.

Markt- und Standortanalysen spielen nicht nur bei konkreten Expansionsprojekten eine Rolle, sondern sollten im Sinne eines strategischen Controllings regelmäßig und vorausschauend gerade auch bei Bestandsstandorten angewendet werden. Neben der Wahl des richtigen Standortes gehören die kontinuierliche Bewertung von Bestandsstandorten, die Diversifizierung des Standortportfolios sowie die Informationsgewinnung über die zukünftige Markt-, Kunden- und Wettbewerbsentwicklung zu den kontinuierlichen Aufgaben der Unternehmensentwicklung. Indem das Unternehmen Standort- und Investitionsentscheidungen frühzeitig vorbereitet und das Standortportfolio permanent weiterentwickelt und optimiert, kann es wichtige Zeit- und Wettbewerbsvorteile erzielen und Alleinstellungsmerkmale etablieren.

Zukunftsorientierte Investitions- und Standortanalysen. Unsere Experten für Standortbewertungen und Marktanalysen verbinden regionalökonomische Expertise mit betriebswirtschaftlicher Methodenkompetenz und nutzen im Beratungsprozess sozioökonomische Trendanalysen. Sie verfügen über langjährige Erfahrung in der Begleitung unternehmerischer Planungs- und Entscheidungsprozesse in unterschiedlichen Branchen. Entsprechend den unternehmerischen Herausforderungen und Zielen lassen sich die Beratungsangebote der Prognos AG kombinieren. Unser Leistungsspektrum auf dem Gebiet der Standortplanung und regionalen Marktforschung umfasst:

- Markt-, Wettbewerbs- und Standortanalysen,
- Benchmarking des Standortportfolios,
- Systematische Identifizierung von Expansionsstandorten,
- Trendabschätzung des langfristigen Nachfrageverhaltens sowie
- Markteintritts- und Standortstrategien.



Tobias Koch
tobias.koch@prognos.com



Modell Deutschland – Klimaschutz bis 2050

Vom Ziel her denken: Ein Projekt im Auftrag des WWF Deutschland

Um die globale Klimaerwärmung auf einen Wert von unter 2 °C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen, ist bis 2050 weltweit eine drastische Absenkung der anthropogenen Treibhausgasemissionen notwendig. Ein international abgestimmter Reduktionspfad wird nur möglich sein, wenn die Industrieländer ihre Emissionen so weit verringern, dass den Schwellenländern etwas „Luft auf dem Treibhausgaskonto“ für die weitere Entwicklung von Wirtschaft und Wohlstand bleibt.

Ein so eingebettetes Ziel für 2050 bedeutet für Deutschland eine Reduktion der Treibhausgase um ca. 95 % gegenüber dem Emissionsniveau von 1990. Dies heißt, dass im Jahr 2050 weniger als eine Tonne Treibhausgase pro Kopf emittiert werden darf. Im Auftrag des WWF Deutschland wurde dieser Fragenkomplex von der Arbeitsgemeinschaft Prognos AG / Öko-Institut e. V. untersucht.

Arbeitsprogramm. Die Studie untersucht Pfade für die Entwicklung der Treibhausgasemissionen, um Antworten auf die Frage „Was kann und muss technisch passieren und wie muss die zugehörige Politik aussehen?“ geben zu können. Die Antworten sollen sowohl technisch-wirtschaftlich und politisch-strategisch als auch hinsichtlich zentraler politischer Instrumentierungsansätze eingeordnet werden.

Es wurden zwei detaillierte modellgestützte quantitative Szenarien entwickelt: ein Szenario, bei dem die heutige Energie- und Klimapolitik ambitioniert fortgesetzt wird (Referenzszenario), sowie ein Innovationsszenario, das den Umbau zur emissionsarmen Gesellschaft vom Ziel der 95 %-igen Reduktion her untersucht. Die Stromerzeugung wurde jeweils in den Varianten „mit CCS“ (Carbon Capture and Storage) und „ohne CCS“ untersucht. In einem dritten Schritt wurden weitere Maßnahmenpakete aufgezeigt, mit denen das Ziel sicher erreichbar ist. In allen Szenarien und Varianten wird von der zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe (Anfang 2009) aktuell gültigen Gesetzeslage bezüglich der Laufzeiten der Kernkraftwerke ausgegangen.

Die Ergebnisse der mittels Bottom-up-Methodik berechneten Szenarien wurden nach Einflussfaktoren zerlegt. Neben den Faktoren Mengeneffekte, Effizienzfort-

schritt und erneuerbare Energieträger wurden auch Faktoren wie Langlebigkeit der Investitionsgüter (und damit Fristigkeit der Investition) sowie Innovationshaltigkeit der Maßnahmen abgebildet. Darüber hinaus wurden die Mehr- und Minderkosten der Maßnahmen berechnet.

Aus den Ergebnissen der Szenarien sowie der Komponentenzerlegungen wurden Strategieempfehlungen abgeleitet und der Entwurf eines konkreten Instrumentenpakets vorgestellt.

Ergebnisse. Im Referenzszenario ergibt sich bei einer ambitionierten Fortschreibung und Verschärfung der heutigen Energie- und Klimapolitik eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um insgesamt ca. 45 %, also lediglich ungefähr die Hälfte des Notwendigen.

In allen Sektoren müssen folglich gleichermaßen hohe Reduktionsanstrengungen unternommen und dabei die unterschiedlichen internationalen Einbindungen berücksichtigt werden.

Im Innovationsszenario wurden wesentliche strategische Setzungen vorgenommen:

- Der Raumwärmebedarf wird auf nahezu null reduziert. Der Energiebedarf von Neubauten sinkt fast auf null, die energetische Sanierungsrate im Gebäudebestand verdoppelt sich, verbunden mit ehrgeizigen Zielwerten für Sanierungen.
- Ein großer Teil der wachsenden Güterverkehrsleistungen wird auf die Schiene

verlagert. Im motorisierten Personenverkehr wird eine konsequente Elektrifizierung angenommen; diese erfolgt zunächst über Hybridfahrzeuge, dann über Plug-in-Hybride und schließlich mit reinen Elektrofahrzeugen.

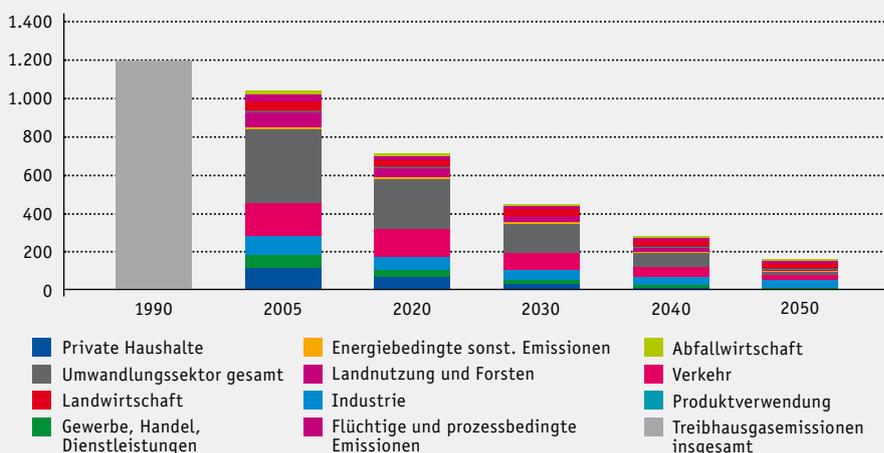
- Sowohl im motorisierten Güterverkehr als auch im Personenverkehr werden bis auf Restmengen an Erdgas und Flüssiggas keine fossilen Kraftstoffe mehr eingesetzt, sondern hocheffizient produzierte Biokraftstoffe der zweiten und dritten Generation.
- Es erfolgt eine Innovationsoffensive bei der Technologieentwicklung, besonders bei Werkstoffen, Prozessen und Energiespeichern. Diese wirkt sich auf die Branchenstrukturen im Industrie- und Dienstleistungssektor aus.
- Der Strombedarf in der Variante „ohne CCS“ wird im Jahr 2050 zu 84 % aus erneuerbaren Quellen gedeckt, in der Variante „mit CCS“ zu 66 %.

Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich für den Zeitraum 1990 bis 2050 eine Emissionsreduktion von etwa 87 % (siehe Abbildung 1).

Die Pro-Kopf-Emissionen an den gesamten Treibhausgasen liegen in 2050 bei rund 2,2 Tonnen, die Pro-Kopf-Emissionen an CO₂ bei 1,6 Tonnen; die gesamten aufkumulierten Treibhausgasemissionen für den Zeitraum 2005 bis 2050 betragen etwa 26 Mrd. Tonnen.

Zur Emissionsminderung müssen sich in erster Linie die Energieeffizienz und der Einsatz erneuerbarer Energien bis 2050

Innovationsszenario, Treibhausgasemissionen insgesamt 1990–2050 (in Mio. t CO₂-Äquivalent)

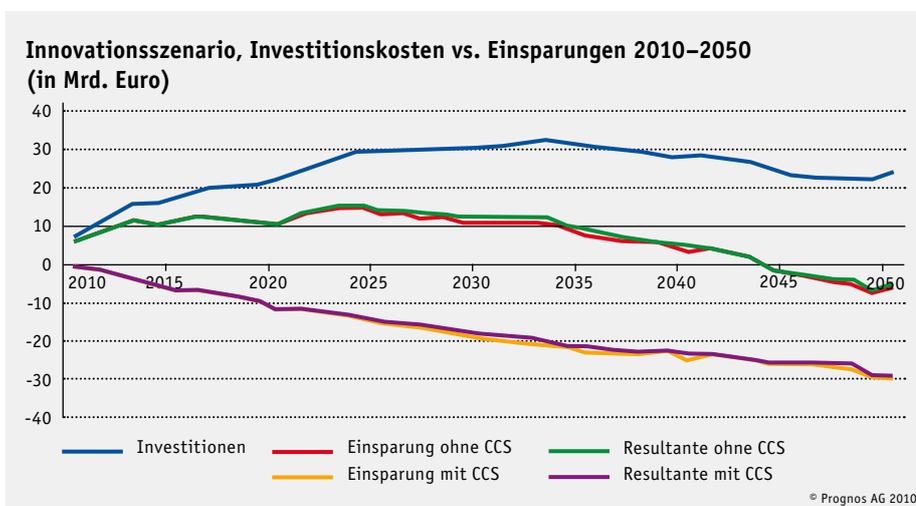


© Prognos AG 2010

jeweils um rund 35 % erhöhen. Darüber hinaus tragen vor allem der Brennstoffwechsel bei den fossilen Energieträgern (9 %) sowie die (nicht energetisch bedingten) Emissionsminderungen bei den Industrieprozessen (6 %) sowie im Bereich der Böden und Forsten (2 %) wesentlich zur Reduktion bei. Die Maßnahmen in allen an-

Belastung in Höhe von ca. 0,3 % des des BIP. Ab dem Jahr 2044 übertreffen die Einsparungen die Investitionen. Die Gesamtkosten der Stromerzeugung unterscheiden sich über den gesamten Szenariozeitraum betrachtet im Referenz- und im Innovationsszenario nicht wesentlich.

- Soweit bestimmte Marktentwicklungen im Bereich langlebiger Kapitalstöcke zu Sackgassen-Situationen führen könnten, die langfristig die Erreichung ehrgeiziger Klimaschutzziele verhindern, sollten entsprechende ordnungsrechtliche Vorkehrungen getroffen werden.
- Zur breiten und signifikanten Erhöhung der Energieeffizienz ist die Schaffung eines robusten und nachhaltigen Energieeffizienzmarktes unabdingbar.
- Die Entwicklung von Infrastrukturen für die Umgestaltung der Energie- und Verkehrssysteme muss mit langem Vorlauf und damit mit erheblichen Unsicherheiten geplant und vorangetrieben werden. Hier entsteht ein besonderes (neues) Feld staatlicher Verantwortung und Zuständigkeit.



deren Bereichen (Landwirtschaft etc.) summieren sich auf einen Anteil von 12 % der gesamten Emissionsreduktion.

Etwa die Hälfte der gesamten zusätzlichen Emissionsminderung im Innovationsszenario und etwa zwei Drittel der energiebedingten Emissionsreduktion entfallen bis zum Jahr 2050 auf Maßnahmen, die auf einen besonders langlebigen Kapitalstock (Gebäude, Kraftwerke, Infrastrukturen etc.) ausgerichtet sind. In diesem Bereich ist es besonders wichtig, dass die jeweiligen Klimaschutzmaßnahmen rechtzeitig eingeleitet werden. Ebenfalls etwa die Hälfte der bis zum Jahr 2050 wirksam werdenden Emissionsminderungen des Innovationsszenarios entfallen auf Maßnahmen, für die in den nächsten Jahren noch erhebliche Innovationen (Technik, Kosten, Systemintegration) notwendig sind.

Ein Vergleich zwischen Innovationsszenario und Referenzszenario liefert maximale gesamtwirtschaftliche Nettokosten (im Jahr 2024) in Höhe von knapp 16 Mrd. Euro (ca. 0,6 % des BIP), danach verringert sich die Belastung. Aufsummiert über den gesamten Betrachtungszeitraum (und mit einem volkswirtschaftlichen Zinssatz von 1,5 % abdiskontiert) ergibt sich eine

Strategische und instrumentelle Schlussfolgerungen. Mit Blick auf die politischen Umsetzungsinstrumente, deren Ausrichtung und Ausgestaltung sich im Zeitverlauf ändern werden und ändern müssen, sind folgende strategische Ansätze von übergeordneter und langfristiger Bedeutung:

- Die Sicherung von Akteursvielfalt und wettbewerblicher Märkte bildet eine Schlüsselbedingung zur Entwicklung robuster und effizient gestalteter Klimaschutzpfade.
- In allen Bereichen müssen die politischen Umsetzungsmaßnahmen auch einen stetigen und gezielten Innovationsprozess fördern, mit dem Klimaschutzoptionen schnellstmöglich zur Marktreife gebracht werden.
- Die signifikante Bepreisung des Ausstoßes von Treibhausgasen bildet eine notwendige Grundlage einer ambitionierten und erfolgreichen Klimaschutzpolitik.
- Sofern Klimaschutzoptionen mit einem signifikanten Lösungspotenzial nicht mit den geltenden Marktstrukturen kompatibel sind (wie z. B. die fluktuierende Einspeisung großer Strommengen aus erneuerbaren Energien), sollten die Marktstrukturen schrittweise angepasst werden.



Dr. Almut Kirchner
almut.kirchner@prognos.com

Dr. Felix Christian Matthes,
Öko-Institut e.V.
f.matthes@oeko.de

Die Kurz- und Langfassung der Studie steht unter: www.prognos.com/publikationen zum Download bereit.



Aktiver Klima- und Ressourcenschutz auf regionaler Ebene

Dezentrale Energieversorgung durch den Einsatz von Biomasse aus Rest- und Abfallstoffen hat viele Vorteile: Verbesserte Klimabilanz, gesenkte Energiekosten und gestärkte Wettbewerbsfähigkeit durch regionale Wertschöpfung.

Noch immer liegen bundesweit große Potenziale für die Erzeugung von CO₂-neutraler Energie, die aus organischen Abfallbiomassen stammt, brach. Das gilt zum einen für die Getrenntsammlung von Bio- und Grünabfällen aus Haushalten, zum anderen aber auch für biogene Reststoffe oder Abfälle aus dem Handel, der Gastronomie, Lebensmittelverarbeitung, Landwirtschaft und Landschaftspflege. Die Auswirkung auf den Klimaschutz begrenzt sich nicht allein auf den Ersatz fossiler Energieträger. Sie erhöht sich zusätzlich, sobald mit der energetischen Nutzung die unkontrollierbaren Emissionen klimarelevanter Gase verringert werden, wie sie zum Beispiel bei der Kompostierung von Bioabfällen und der Lagerung und Ausbringung unbehandelter Gülle entstehen. Zudem können geeignete Komposte als Dünger, Torfersatz oder Bodenverbesserungsmittel dazu beitragen, Kohlenstoff wieder langfristig zu speichern. Auch Gärreste aus der Biogaserzeugung können zu Pellets gepresst nochmals energetisch genutzt werden und als Flüssigdünger Düngemittel ersetzen, die sonst energetisch aufwendig erzeugt werden müssen.

anlagen für Bio- und Grünabfälle an die Vorgaben der technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) angepasst werden. Auch die vergleichsweise hohen Behandlungskosten und der geringe energetische Wirkungsgrad bei der Verbrennung von organischen Bestandteilen mit dem Hausmüll sowie die vergleichsweise kostengünstige und kontinuierliche Verfügbarkeit von Bioabfall und anderen organischen Abfällen sprechen für eine Neuordnung der Stoffströme. Die Klimabilanz von Abfallbiomassen ist – anders als etwa der Anbau von Silomais als alternativer Energieträger – positiv, da keine klimarelevanten CO₂- und Lachgasemissionen für die Düngemittelherstellung anfallen.

Kommunen und Unternehmen einer Region sollten die Potenziale, die Abfallbiomassen als regionale, klimaschonende Energieträger besitzen, aufgreifen und neben anderen Maßnahmen zum festen Bestandteil einer nachhaltigen, dezentralen Energieversorgung machen. Anhand eines Klimaschutz- oder Energiekonzepts kann für die Akteure eine regionale Gesamtbilanz zur Entstehung und Verminderung von Treibhausgasen erstellt werden. Auf dieser

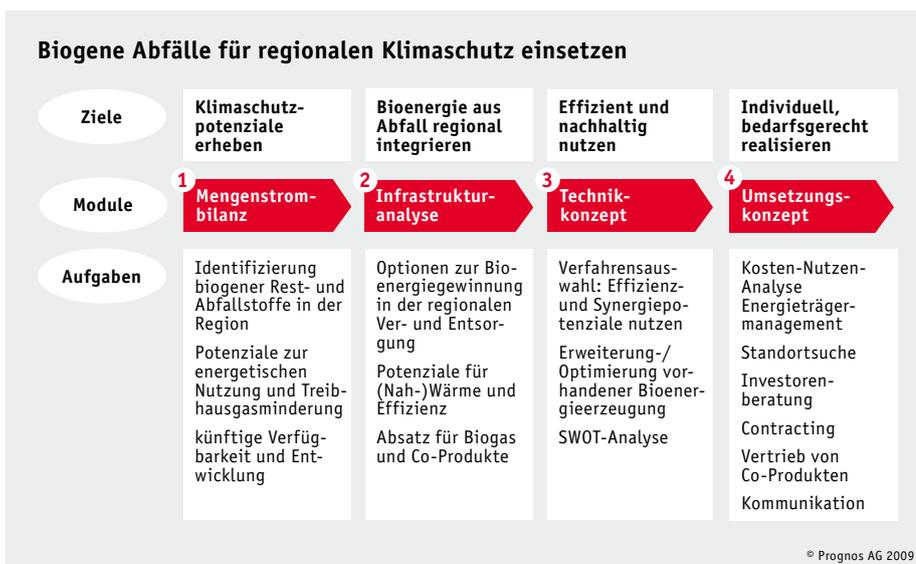
nachhaltige Energieerzeugung aus organischen Abfällen anstelle fossiler Energieträger kann zum Beispiel der Haushalt der Kommune entlastet oder die Wettbewerbsfähigkeit regionaler Lebensmittelhersteller oder -verarbeiter und anderer Unternehmen gefördert werden. Außerdem verbleibt ein großer Teil der zugehörigen Wertschöpfung in der Region. Die anfänglichen Mehrkosten für die Umsetzung von Maßnahmen und Neuinvestitionen können in vielen Fällen deutlich gemindert werden, z.B. mit Hilfe des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG), des Wärmegesetzes sowie diversen Förderprogrammen für innovative Modellprojekte in Klimaschutz und Umwelttechnik.

Neue Wege wagen – Treibhausgase vermindern. Regionen, die sich zum Ziel gesetzt haben, ihre Energieversorgung mittel- und langfristig auf Erneuerbare Energien umzustellen, sollten unbedingt untersuchen lassen, wie die energetischen Potenziale kommunaler, landwirtschaftlicher und gewerblicher Biomasseabfälle nachhaltig und effizient genutzt werden können.

Gemeinsam mit EcoEnergy, Gesellschaft für Energie- und Umwelttechnik mbH, bietet die Prognos AG verschiedene Beratungsmodule an, die bedarfsabhängig individuell ausgewählt und kombiniert werden können. Hierzu gehören sowohl strategische Elemente, wie Klimaschutzkonzepte und regionale Mengenbilanzen und -prognosen für Bioenergieträger aus Abfallbiomasse als auch Analysen zum Wärmebedarf sowie der Entwurf eines umfassenden Technikkonzepts für die Bioenergieerzeugung aus Abfällen.



Jutta Struwe
jutta.struwe@prognos.com



Schont das Klima: Energieträger Abfallbiomasse. Neben diesen direkten Klimaschutzwirkungen gibt es vielerorts deutliche Argumente dafür, Abfallströme regional neu zu ordnen und möglichst optimal energetisch zu nutzen. Zum Beispiel müssen bestehende Kompostierungs-

Basis können einerseits hohe Vermeidungspotenziale erkannt werden, andererseits erlaubt sie eine kontinuierliche Bilanzierung und Fortschreibung aller regionaler Klimaschutzmaßnahmen und -projekte. Nicht vergessen werden dürfen die möglichen ökonomischen Effekte: Durch die

Weitere Informationen unter:
www.prognos.com/sekundarrohstoffe
(Rubrik: Beratungsangebote)



An der Küste ziehen alle an einem Strang

Bei einer gesamten Küstenlänge von rund 3.700 Kilometern leben und arbeiten in Deutschland weit mehr als 3 Millionen Menschen an Nord- und Ostsee. Das Küsten-Kontor hilft dabei, diese Region nachhaltig zu entwickeln.

Nordseestädte wie Emden oder Wilhelmshaven, Stadtstaaten wie Hamburg und Bremen und auch Ostseestädte wie Kiel, Lübeck, Rostock und Greifswald haben eine herausragende Bedeutung unter anderem für den Tourismus, die Hafengewirtschaft und die Logistikdienstleistung. Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) befasst sich mit der zunehmenden Nutzung der Küsten, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa erkennbar ist. Denn in diesem großen Wirtschafts- und Naturraum treffen zahlreiche Interessen aufeinander. Tourismus, Naturschutz, Windenergiegewinnung und Rohstoffabbau sind Beispiele verschiedener Nutzungen, denen begrenzte Ressourcen gegenüberstehen. Nur wenn die Akteure im Küstenraum in einem intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch stehen, kann es gelingen, sektorübergreifende und aufeinander abgestimmte Lösungen zu entwickeln.

Das Küsten-Kontor als länderübergreifende IKZM-Stelle soll sich um diesen Austausch kümmern, Strategien und Konzepte entwickeln sowie bei informellen Verfahren im Vorfeld von Planungs- und Genehmigungsverfahren unterstützen. Es soll zu einer umweltverträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Entwicklung der Küstenzonen beitragen.

Möglichst viele Akteure einbinden. Der von der Prognos AG ins Leben gerufene Projektbeirat begleitet die Arbeit des Küsten-Kontors aktiv und garantiert durch den kontinuierlichen Austausch zwischen den beteiligten Bundes- und Länderressorts sowie den drei kommunalen Spitzenverbänden, dass die Belange sowohl länderübergreifend, also horizontal, als auch vertikal von der europäischen bis hin zur regionalen Ebene aufgenommen und diskutiert werden. Der Projektbeirat agiert als Multiplikator, um den Prozess voranzubringen.

Das Küsten-Kontor verfolgt dabei die Zielsetzungen,

- dass der Mehrwert einer integrierten Vorgehensweise sichtbar und nutzbar wird,
- die Regionen und ihre Akteure praktische Unterstützung durch das Küsten-Kontor erfahren und
- dass das Ziel, eine nachhaltige Entwicklung der Küstenzone zu erreichen, in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft verankert ist.

Vorhandenes Wissen kommunizieren und nutzen. Um diese Ziele zu erreichen, ist es notwendig, die Küste ganzheitlich zu betrachten und sich die vorhandenen Nutzungskonkurrenzen bewusst zu machen. Die Arbeit des Küsten-Kontors setzt bei der Vermittlung dieser Nutzungskonkurrenzen an. Gerade auch Innovationen können mit frühzeitiger Kommunikation zielführend begleitet werden.

Das Küsten-Kontor bietet als Dienstleister hierzu innovative Kommunikationsformate und -methoden an, die zielgruppenspezifisch, aber auch sektorenübergreifend verständlich und an der richtigen Stelle eingesetzt werden können. Dies ist für uns ein zentraler Ansatz, um den zunehmenden Nutzungsdruck auf den Nord- und Ostseeraum zukunftsfähig zu lösen. Partnernetzwerke mit etablierten Institutionen entlang der Küste und einem themenübergreifend besetzten Expertenpool mit herausragenden Wissenschaftlern unterstützt das Küsten-Kontor, damit auch die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung aus der Theorie in die Praxis überführt und die nachhaltige Entwicklung des Küstenraumes sichergestellt wird. Darüber hinaus ist das Küsten-Kontor Ansprechpartner für Vertreter aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft, es beantwortet konkrete Anfragen und vermittelt diese weiter.

Tourismus und klimabedingter Küstenschutz stehen im Zentrum. Eine zentrale Herausforderung des Küsten-Kontors ist es, den Schritt von der allgemeinen politischen und wissenschaftlichen Ebene hin zu greifbaren Maßnahmen und Ergebnissen zu vollziehen. Vor diesem Hintergrund konzentriert sich die inhaltliche Arbeit des Küsten-Kontors vorerst auf zwei Schwerpunkte, die von großer Relevanz in der Küstenregion sind.

Zum einen der Tourismus als zentraler Wirtschaftsfaktor in der Region. Die Branche sieht sich mit einer Reihe von Veränderungen konfrontiert: Der demografische Wandel, der zu veränderten Zielgruppen und Ansprüchen der Reisenden führt, Spezialangebote im Gesundheitsbereich sowie notwendige Anpassungen des touristischen Angebots an die Veränderungen infolge des Klimawandels sind nur einige Beispiele für Themen, die neue Lösungen im Wettbewerb erfordern.

Das zweite Handlungsfeld des Küsten-Kontors ist der klimabedingte Küstenschutz. In diesem Bereich gilt es unter anderem, Forschungsergebnisse und Szenarien für den regionalen und lokalen Handlungsbedarf zu identifizieren und die Erkenntnisse wissenschaftlicher Forschung im Sinne eines integrierten Küstenzonenmanagements nutzbar zu machen.

Die Aufgaben des Küsten-Kontors bei diesen Schwerpunktthemen liegen mitunter darin, bestehende Angebote zu vernetzen und den Akteuren im Küstenraum als Ansprechpartner und Ratgeber zur Verfügung zu stehen. Das Küsten-Kontor möchte sich aktiv als Moderator und Mediator bei Abstimmungsprozessen und Nutzungskonflikten vor Ort einbringen.

So leistet das Küsten-Kontor einen wichtigen Beitrag zur praktischen Umsetzung politischer und wirtschaftlicher Ziele sowie wissenschaftlicher Erkenntnisse vor Ort und erfüllt damit ein zentrales Teilziel des BMU-Forschungsvorhabens „Konzeption und Umsetzung eines länderübergreifenden IKZM-Kooperationsprozesses“.



Helma E. Dirks
helma.dirks@prognos.com

Axel Bohn
axel.bohn@prognos.com

Marius Backhaus
marius.backhaus@prognos.com

Weitere Informationen zum Küsten-Kontor finden Sie unter:
www.kuesten-kontor.de

Kontakt: Prognos AG,
Wilhelm-Herbst-Str. 5, 28359 Bremen
Tel.: +49 421 2015784, Fax: +49 421 2015789
E-Mail: info@kuesten-kontor.de





„Sag mir, was Du bist und ich sag Dir, was Du kannst“

Die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen im In- und Ausland setzt eine systematische Qualitätssicherung voraus.

Qualität und Qualitätssicherung zählen zu den Schlüsselbegriffen des Bildungssystems. Insbesondere im Hinblick auf (internationale) Transparenz und Verlässlichkeit der mit Bildungsgängen erworbenen Kompetenzen bedarf es des Vertrauens in die Qualität und Aussagekraft von Abschlüssen. Doch was ist „Qualität“ und wie wird sie in den einzelnen Bildungsbereichen gesichert? Was kann beispielsweise ein Absolvent, der „Global Change Management“ studiert hat? Welche Kompetenzen bringt eine Industriemeisterin mit?

Voraussetzung: Vertrauen. Gegenseitiges Vertrauen in die Qualität der vermittelten Kompetenzen und Fähigkeiten ist wesentliche Voraussetzung für die Anerkennung von Abschlüssen. Dies gilt sowohl für berufliche und akademische Bildungswege innerhalb Deutschlands als auch auf dem internationalen Markt. Insbesondere um Bildungsgerechtigkeit herzustellen, muss in Zukunft stärker als bisher sichergestellt sein, dass Übergänge zwischen Bildungswegen und Bildungsorganisationen problemlos möglich sind.

Nur schwer ist internationalen Vertreterinnen und Vertretern zu vermitteln, welchen Stellenwert die duale Ausbildung in Deutschland hat. Umgekehrt wird immer wieder darauf verwiesen, dass Hochschule nicht gleich Hochschule ist und ein Further Education College in Großbritannien nicht mit einer deutschen Universität oder Fachhochschule vergleichbar ist.

Als eine Konsequenz wurde der Europäische Qualifikationsrahmen (EQF) entwickelt. Dieser soll einerseits Transparenz im

internationalen Bildungswesen herstellen und andererseits verdeutlichen, über welche Wege Bildungsabschlüsse zu erreichen sind. In Deutschland verknüpft der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR), der sich aktuell in der Erprobungsphase befindet, alle Abschlüsse des nationalen Bildungssystems. Abschlüsse aller Bildungsbereiche werden dabei anhand von Kompetenzbeschreibungen insgesamt acht Niveaustufen zugeordnet, wobei alle Stufen über die unterschiedlichen Wege der beruflichen und akademischen Bildung erreicht werden können.

Berufliche und akademische Bildung haben unterschiedliche Herangehensweisen, um die Qualität ihrer Bildungsangebote zu sichern. Beide verfügen über differenzierte Qualitätssicherungsinstrumente.

Qualität sichern. Qualitätssicherung im Bereich der beruflichen Bildung ist insbesondere durch flächendeckende bundeseinheitliche Ordnungsverfahren organisiert. Bundesweit gelten das Berufsbildungsgesetz (BBiG) und die Handwerksordnung (HwO), die beispielsweise den Qualitätsstandard für anerkannte Fortbildungsverordnungen definieren. Ziel ist die Erhaltung und Anpassung sowie die Erweiterung der beruflichen Handlungsfähigkeit. Berufliche Handlungsfähigkeit ist im novellierten BBiG definiert als „notwendige berufliche Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten“.

Der Hochschulbereich prüft und entwickelt die Qualität seiner Studiengänge vor allem individuell und profilbezogen. Qualität wird als „fitness for purpose“ definiert und orientiert sich an den profil-

spezifischen Bildungszielen der jeweiligen Hochschule bzw. des jeweiligen Studiengangs. Dabei spielt der Forschungsbezug für die Qualität der akademischen Bildung naturgemäß eine wichtige Rolle.

In beiden Bildungsbereichen geht der Trend hin zur Implementierung umfassender institutioneller Qualitätssicherungssysteme. Darunter sind strategische Steuerungssysteme zu verstehen, die eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung von Bildungsangeboten gewährleisten (vgl. auch Grafik). In beiden Bildungsbereichen besteht jedoch noch Entwicklungsbedarf.

Wettbewerb zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Die Vermittlung von Beschäftigungsfähigkeit ist eine Stärke der beruflichen Bildung.

Im Zuge des Bologna-Prozesses gewinnt die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit (employability) auch an Hochschulen an Bedeutung. Duale Studiengänge und Berufsakademien werden zunehmend eingerichtet, wodurch die Überschneidungen und damit auch der Wettbewerb zwischen beruflicher und akademischer Bildung zunehmen.

Vor diesem Hintergrund ist eine grundlegende Neubestimmung des Verhältnisses von beruflicher und akademischer Bildung in Deutschland notwendig. Die aktuell geführte Diskussion um die Schaffung eines bildungsbereichsübergreifenden Qualitätssicherungssystems – z. B. in Form von Akkreditierungsverfahren für berufliche und akademische Bildung – ist aus unserer Sicht jedoch wenig hilfreich. Dazu sind die Zielsetzungen der beruflichen und akademischen Bildung zu unterschiedlich. Vielmehr sind ein nationaler Dialog zum produktiven Umgang mit den aktuellen Veränderungen und eine Auseinandersetzung mit den Instrumenten und Verfahren des jeweils anderen Bereichs empfehlenswert.

Qualitätssicherungssysteme in Bildungseinrichtungen



Dr. Iris Pfeiffer
iris.pfeiffer@prognos.com

Susanne Heinzelmann
susanne.heinzelmann@prognos.com



Wie geht es eigentlich der Familie?

Welche Informationen man benötigt, um die Veränderungen der Lebensbedingungen und -qualität von Familien zu erfassen.

Wie entwickelt sich die Einkommenssituation in Familienhaushalten, und wofür wird das Einkommen verwendet? In welchem Umfang arbeiten Alleinerziehende, und welche Unterstützung erhalten sie, um ihren Alltag zu gestalten? Wie viele Berufstätige kümmern sich um pflegebedürftige Familienangehörige, und wie gelingt ihnen die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege? Aus einer differenzierten Sozialberichterstattung lassen sich Aussagen zu den Lebensbedingungen von Familien ableiten. Ihre empirische Grundlage bilden Indikatoren zur Beschreibung der Sozialstruktur und anderer wichtiger Sachverhalte wie z. B. Haushaltstypen und -größen, Fertilitätsziffern, Bildungsbeteiligung oder Eigenheimquoten. Sie ergänzen damit die ökonomische Wohlfahrtsmessung durch das Bruttosozialprodukt. Die Befragung von Zielgruppen (Familienhaushalte, Senioren, Bewohner eines Quartiers etc.) liefert darüber hinaus Informationen zu Einstellungen und subjektivem Wohlergehen.

In der Auswahl und Gewichtung von Indikatoren und Fragestellungen sowie im räumlichen Bezug unterscheiden sich die vorhandenen Sozialberichte. Neben der Armut- und Reichtumsberichterstattung des Bundes liegen Landesozialberichte in mittlerweile 14 Bundesländern sowie zahlreiche kommunale und lokale Berichte vor.

Familienbericht Mecklenburg-Vorpommern. Für die Beschreibung der Lebenssituation von Familienhaushalten hat die Prognos AG im Auftrag des Ministeriums für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommerns 43 Indikatoren aus den Bereichen Demografie und Struktur der Familien, wirtschaftliche Lage und Armutrisiken, Arbeitsmarkt und Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gesundheit, frühkindliche und schulische Bildung und Betreuung, Wohnen und Wohnumfeld zusammengestellt und soweit möglich kreis-scharf ausgewertet. Die Daten wurden durch eine Befragung von 1.600 Familienhaushalten zu Einstellungen, Bewertungen und familienpolitischen Prioritäten ergänzt (siehe Abbildung).

Durch die Zusammenführung von Sozialindikatoren und Befragungsergebnissen lässt sich ein anschauliches Bild der Lebenssituation von Familien im Land nachzeichnen. Beispielsweise beurteilen

Statistische Indikatoren und Befragungsbereiche

Beispiele Sozialindikatoren	Themenfeld	Beispiele Familienbefragung
<ul style="list-style-type: none"> Durchschnittliche Einkommenshöhe und Verteilung Anteil der in Bedarfsgemeinschaften lebenden Kinder 	Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> Zufriedenheit mit Einkommenssituation Bereiche, in denen sich Familien einschränken müssen
<ul style="list-style-type: none"> Arbeitslosenquoten Erwerbslosigkeit in Familien 	Arbeitsmarkt	<ul style="list-style-type: none"> Vereinbarkeit Familie und Beruf
<ul style="list-style-type: none"> Betreuungsangebot und -qualität Schulabschlüsse Klassenwiederholungen 	Bildung	<ul style="list-style-type: none"> Zufriedenheit mit Betreuungs- und Bildungsangeboten
<ul style="list-style-type: none"> Zugang zum Gesundheitssystem Vorsorge und Prävention Gesundheitszustand 	Gesundheit	<ul style="list-style-type: none"> Beurteilung der gesundheitlichen Versorgung
<ul style="list-style-type: none"> Wohnfläche pro Kopf Mieten pro Quadratmeter Mietbelastung im Verhältnis zum Einkommen 	Wohnen	<ul style="list-style-type: none"> Zufriedenheit mit der Wohnung und dem Wohnumfeld Vorhandensein eines Kinderzimmers
<ul style="list-style-type: none"> Kultur- und Freizeitangebot Bürgerschaftliches Engagement 	Gesellschaftliche Teilhabe	<ul style="list-style-type: none"> Nutzung Freizeitangebote Zufriedenheit mit Freizeitangeboten

© Prognos AG 2010

17 % der befragten Familien ihre finanzielle Situation negativ, ernsthaft sorgen sich davon 5 %. Diese 17 % entsprechen exakt der auf Grundlage des Landesmedianeinkommens errechnete Armutsrisikoquote. Besonders häufig geben ökonomisch schwache Familien an, dass es ihnen an Geld für Klassenfahrten und Freizeitaktivitäten in der Familie, aber auch für Mobilität und zusätzliche Kinderbetreuung fehlt. Jede fünfte Familie berichtet zudem über Rückzahlungsprobleme bei Schulden oder Krediten für Konsumkäufe.

Hohe Zufriedenheit besteht hingegen mit der Betreuungssituation von unter 3-Jährigen, der Verfügbarkeit von familiengerechtem Wohnraum sowie der Gestaltung des Wohnumfeldes.

Eine zentrale landespolitische Aufgabe, das zeigen die kreisbezogenen Auswertungen, stellt aufgrund der demografischen Entwicklungen die Aufrechterhaltung einer familienbezogenen Infrastruktur (Beratungs- und Freizeitangebote, gesundheitliche Versorgung) in der Fläche dar. Zur präventiven Förderung der Kindergesundheit müssen zudem ressortübergreifende familien-, gesundheits- und bildungspolitische Antworten gefunden werden.

Lokale Berichterstattung. Im Unterschied zur Berichterstattung auf Landesebene stehen bei der lokalen Familienberichterstattung sozialräumliche Handlungs- und Lösungsstrategien im Mittelpunkt. Innovativ ist in diesem Zusammenhang die Kooperation zwischen der Kommunalverwaltung und

lokalen Bündnissen für Familie. Letztere können über ihre Netzwerke differenzierte Informationen zu den Lebenslagen von Familien vor Ort bündeln. So sind neben kommunalen Planungsinstanzen (Sozial-, Jugend-, Schulamt o.ä.) mit ihrem Zugang zu prozessproduzierten Daten der Kommunalverwaltung auch Vereine, Initiativen oder Unternehmen in der Bündnisarbeit aktiv und bringen ihr Sonderwissen ein.

Außerdem haben die lokalen Bündnisse durch ihre alltägliche Arbeit in den Handlungsfeldern Gesundheit, familienfreundliches Lebensumfeld, Kinderbetreuung, bürgerschaftliches Engagement, Erziehung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und generationenübergreifende Zusammenarbeit die Möglichkeit, spezifische Bedarfe von Familien zu identifizieren.

Vielfältiger Nutzen. Insgesamt ist die Familienberichterstattung sowohl für die Bundesländer und Kommunen als auch für die lokalen Bündnisse für Familie von unmittelbarem Nutzen. Sie stellt ein Instrument zur Analyse, Angebotsplanung, Evaluation und zielgerichteten Öffentlichkeitsarbeit dar.



Andreas Heimer
andreas.heimer@prognos.com
Lucas Kemper
lucas.kemper@prognos.com



Patente sind gut für das Image

Mithilfe von Patenten und Gebrauchsmustern können kleine und mittlere Unternehmen ihre Forschungs- und Entwicklungsergebnisse schützen. Dies verbessert ihre Wettbewerbsfähigkeit und steigert ihren Unternehmenswert.

Ideen für neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen stehen am Anfang von Innovationsprozessen. Vor allem für kleine Betriebe sind eigene Erfindungen eine wichtige Grundlage, um sich am Markt zu profilieren und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Bevor es zu einer Verwertung dieser Erfindungen kommen kann, sind weitere Schritte notwendig – von der Prüfung der technischen Machbarkeit über die Weiterentwicklung bis zur Vorbereitung der Produktion oder der Einführung des neuen Verfahrens.

Schutzrechte in KMU oft vernachlässigt.

Während Großunternehmen Schutzrechtsstrategien ausgearbeitet und die Sicherung geistigen Eigentums professionalisiert haben, sichern viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ihre Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung nicht schutzrechtlich ab, da sie darin keine unmittelbaren Vorteile sehen oder zu hohe Kosten befürchten. Vor allem schränken fehlende zeitliche Ressourcen die Handlungsfähigkeit der Unternehmen ein.

Verwertungsaktivitäten erfordern einen langen Atem und ihre Ziele müssen kontinuierlich verfolgt werden. Der Weg von der Erfindung bis zur Platzierung eines neuen Produkts am Markt oder der Etablierung eines neuen Verfahrens ist kein Selbstläufer, sondern benötigt neben der Bereitstellung ausreichender finanzieller, personeller und zeitlicher Ressourcen vor allem ein strukturiertes Vorgehen. Insbesondere „Neulinge“ auf dem Gebiet gewerblicher Schutzrechte laufen hier Gefahr, die Ziele

aus den Augen zu verlieren und somit Ressourcen zu verschwenden.

Die KMU-Patentaktion. Hier setzt die KMU-Patentaktion des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) an. Diese Fördermaßnahme ist ein zentraler Bestandteil des Programms SIGNO („Schutz von Ideen für die gewerbliche Nutzung“), welches neben Unternehmen auch Hochschulen und freie Erfinder bei der rechtlichen Sicherung und wirtschaftlichen Verwertung von Erfindungen unterstützt. Mit der KMU-Patentaktion werden kleine und mittlere Unternehmen sowie Existenzgründer bei der Sicherung ihrer Forschungs- und Entwicklungsergebnisse durch gewerbliche Schutzrechte unterstützt. Voraussetzung ist, dass diese Betriebe fünf Jahre lang kein eigenes Schutzrecht angemeldet haben. Das Förderinstrument bietet darüber hinaus Unterstützung bei der Vorbereitung erster Verwertungsschritte an. Zentrale Akteure sind die so genannten SIGNO-Partner, die den gesamten Prozess zum gewerblichen Schutzrecht als Lotse begleiten und dabei für das beratene Unternehmen einen konkreten „Fahrplan“ zur individuellen Anmeldung erstellen.

Wettbewerbsvorteile sichern. Die aktuelle Evaluierung der KMU-Patentaktion durch die Prognos AG zeigt: Das Programm und seine Förderkonstruktion treffen den Nerv der Betriebe. Die Teilnahme am Programm belegt, dass auch Unternehmen, die über einen langen Zeitraum hinweg nicht patentiert haben, Erfindungen hervorbrin-

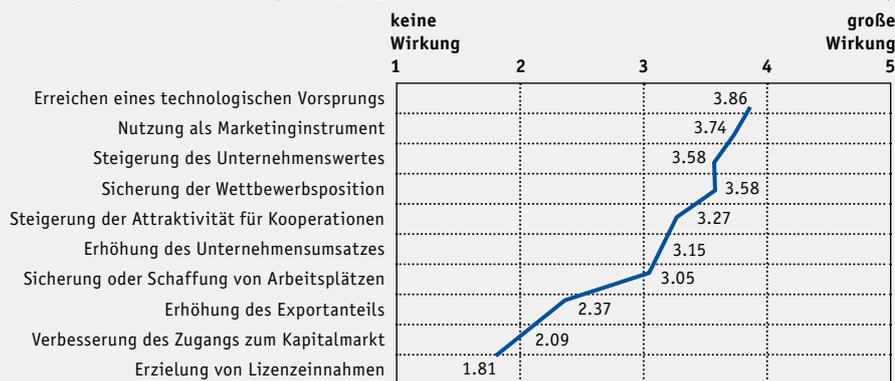
gen, die einer schutzrechtlichen Prüfung standhalten. Dies spiegelt sich in der hohen Erteilungsquote wider. So führen durchschnittlich rund 80 % der im Rahmen der Programmteilnahme angemeldeten Patente auch zu einer abschließenden Patenterteilung durch das Deutsche Patent- und Markenamt (DPMA).

Die Unternehmen sehen in ihren Patenten oder Gebrauchsmustern weitaus mehr als nur „Verbotungsrechte“ gegenüber der Konkurrenz. Wichtiger ist ihnen, dass sie gegenüber ihren Wettbewerbern einen technologischen Vorsprung erreicht haben. Sie nutzen diesen komparativen Vorteil bewusst für ihre Marketing-Maßnahmen. Gleichzeitig können viele Betriebe dadurch ihren Unternehmenswert erhöhen. Diese Wertsteigerung wird nicht nur durch wachsende Einnahmen generiert, sondern auch durch die Erhöhung der immateriellen Vermögenswerte in Form des gesicherten geistigen Eigentums.

Insgesamt verbessern die Unternehmen mit dem erworbenen Schutzrecht ihre Wettbewerbsposition. So nutzen die an der Patentaktion teilnehmenden KMU Patentierung bzw. Gebrauchsmusterschutz als ein Instrument, um sich gezielt am Markt zu positionieren. Der Imagegewinn überstrahlt oftmals die direkten ökonomischen Effekte schutzrechtlicher Aktivitäten auf Umsatz und Beschäftigung.

Das Förderangebot des BMWi erfreut sich einer kontinuierlich hohen Nachfrage: Seit der Lancierung im Jahr 1996 haben rund 7.400 KMU das Programm in Anspruch genommen. Die hohe Teilnehmerzahl zeigt jedoch auch, dass Unternehmen mit eigener Erfindungstätigkeit schutzrechtliche Fragestellungen häufig vernachlässigen. Ziel ist es daher, die KMU für wirtschaftliche Aspekte und die Verwertbarkeit von Erfindungen zu sensibilisieren. Nur so sichern KMU erfolgreich ihre Erfindungen und verbessern damit ihre Position im Wettbewerb.

Frage: Welche betrieblichen Wirkungen konnten durch das erteilte Schutzrecht bislang erzielt werden? (Befragung von Teilnehmern der KMU-Patentaktion, n= 279)



Ulf Glöckner
 ulf.gloeckner@prognos.com
 Daniel Riesenberg
 daniel.riesenberg@prognos.com



Benchmarking schafft Transparenz bei kommunalen Haushalten

Mit Hilfe von Kennzahlen können Landesverwaltungen die Haushalte der Kommunen unter die Lupe nehmen und ihre Steuerungsfähigkeit zurückgewinnen.

Die Steuerung und Überwachung kommunaler Aktivitäten stellen die Landesverwaltungen in Deutschland regelmäßig vor große Schwierigkeiten. Grund hierfür ist, dass Informationen über die heterogene Situation in den Kommunen und kommunalen Gebietskörperschaften nicht ohne Weiteres verfügbar sind beziehungsweise nur sehr begrenzt Rückschlüsse auf die tatsächliche Lage zulassen. Außerdem stellen viele Kommunen weiterhin kamerale Haushalte auf, deren Transparenz und Vergleichbarkeit als sehr beschränkt gelten muss. Die Wahrnehmung der kommunalen Aufsichtspflicht bleibt somit für die Landesverwaltungen schwierig.

Gleichzeitig besteht – aufgrund des Informationsdefizits über die individuelle finanzielle Lage der Kommunen – das Risiko, dass Landesverwaltungen bei der Entwicklung von kommunalen Maßnahmen (z. B. Förderprogramme) an Bedarf und Möglichkeiten der Kommunen vorbei planen. Vor diesem Hintergrund fällt es den Ländern schwer, passgenaue Lösungen zu entwickeln.

Mit einem kennzahlengestützten Vergleich (Benchmarking) der Kommunen und kommunalen Gebietskörperschaften auf Basis der Haushaltsdaten steht den Landesverwaltungen jedoch ein Instrument zur Verfügung, um das aktuelle Informationsdefizit zumindest in Teilen zu reduzieren. So können sie ihre Aufsichtspflicht wahrnehmen und die Entwicklung kommunaler Maßnahmen auf eine objektivere und verlässlichere Basis stellen.

Kennzahlen ermöglichen ein Benchmarking der Kommunen. Die statistischen Landesämter erheben regelmäßig jene Daten, die für die Ermittlung steuerungsrelevanter Kennzahlen für ein Benchmarking der kommunalen Haushalte notwendig sind. Die Kennzahlen für die Analyse der kommunalen Haushalte müssen bedarfsgerecht entwickelt werden. Ziel ist dabei immer, die Vergleichbarkeit zwischen den Kommunen sicherzustellen. Aus Sicht der Landesverwaltungen könnte das Ziel eines kennzahlenbasierten Benchmarkings beispielsweise sein, den finanziellen Spielraum der Kommunen zu beurteilen und die Belastbarkeit der kommunalen Haushalte im Sinne eines Ratings zu bewerten.

Im ersten Schritt muss dafür die Einnahmesituation der Kommunen betrachtet werden. Dabei ist es wichtig, ausschließlich den tatsächlichen finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen abzubilden, also die tatsächlich verfügbaren Mittel und Einnahmen darzustellen. Kennzahlen dafür sind:

- die verfügbaren allgemeinen Deckungsmittel je Einwohner,
- die Steuereinnahmekraft je Einwohner sowie
- die Hebesätze.

Darüber hinaus kann es für die Landesverwaltungen interessant sein, die finanzielle Stabilität der kommunalen Haushalte und deren Belastbarkeit mit Blick auf eine weitergehende Verschuldung beurteilen zu können. Darüber lässt sich auf Basis folgender Kennzahlen eine Aussage treffen:

- normiertes Haushaltsergebnis,
- Rücklagenbestand,
- Gesamtverschuldung,
- Zinsausgabenanteil,
- rechnerische Tilgungsdauer.

Durch Vergleiche die Gesamtsituation richtig bewerten. Die bloße Ermittlung der besagten Kennzahlen reicht jedoch nicht aus, um die Situation der einzelnen Kommune nachhaltig bewerten zu können. Vielmehr müssen die Kennzahlen mit entsprechenden Vergleichswerten in Beziehung gebracht werden. Ebenso wie die Kennzahlen müssen auch die Vergleichswerte bedarfsorientiert entwickelt werden. Um die Belastbarkeit der kommunalen Haushalte bewerten zu können, greift Prognos in der Regel auf folgende Vergleichsdaten zurück:

- Intra-Gruppen-Vergleich auf Basis von Durchschnittswerten, Verteilungen etc.,
- übergreifende Kennzahlen auf Basis der Daten der Statistischen Bundes- und Landesämter, der KGSt etc.
- Empfehlungen und Kennzahlen aus Studien (z. B. Schuldenreport der Bertelsmann-Stiftung) und Bewertungssystematiken (z. B. Ratingagenturen),
- gesetzliche Vorgaben (z. B. Gemeindehaushaltsverordnung).

Erst der eingehende Vergleich sowie gegebenenfalls die Aggregation zu einem Gesamturteil („Kommunalrating“) erlaubt den Ländern eine umfassende Bewertung der Situation in den Kommunen.

Handlungsspielräume von Kommunen transparent machen. Auf Basis der Analyse und des Vergleichs der aktuellen Haushaltssituation können nachfolgend Szenarien entwickelt werden, die den Landesverwaltungen den Handlungsspielraum jeder Kommunen deutlich machen und z. B. Hinweise zu möglichen Konsequenzen von landespolitischen Maßnahmen geben.

Fragestellungen, die beispielsweise beantwortet werden können, sind:

- Wie hoch ist der Spielraum zur weiteren kommunalen Verschuldung, ohne die Grenzen einer soliden Haushaltsführung zu überschreiten?
- In wieweit können Förderzuschüsse des Landes durch kommunale Förderdarlehen für Investitionen ersetzt werden?
- Welche Hebesätze sind den Kommunen zumutbar, ohne sie im interkommunalen Wettbewerb schlechter zu stellen?

Erst durch die vergleichende kennzahlenbasierte Analyse der kommunalen Haushalte (Benchmarking) können Landesverwaltungen somit Aussagen über die aktuelle Situation ihrer Kommunen treffen, diese vergleichend bewerten, darauf basierend Szenarien entwickeln und so ihre Steuerungsfähigkeit zurückgewinnen. Die Prognos AG kann bei der Bearbeitung dieser Fragestellungen auf umfangreiche Erfahrungen zurückblicken.

Die absehbare Umstellung der kommunalen Haushalte auf die Doppik (Doppelte Buchführung in Konten) wird die Transparenz der kommunalen Haushalte insgesamt erhöhen, und die Anpassung der Kennzahlen erforderlich machen. Der Notwendigkeit der vergleichenden, kennzahlengestützten Betrachtung der kommunalen Haushalte tut diese Entwicklung jedoch keinen Abbruch.



Dr. Philip Steden
philip.steden@prognos.com

Sebastian John
sebastian.john@prognos.com

Publikationen

Der neue Deutschland Report 2035 – Bericht zur Zukunft der Nation. Was sind die langfristigen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, welche Konsequenzen ergeben sich für die Weltwirtschaft und wird Deutschland zu alter Exportstärke zurückfinden?

Welche Konsequenzen hat die Staatsverschuldung und wie entwickeln sich die sozialen Sicherungssysteme? Antworten auf diese und weitere Fragen gibt der neue Prognos Deutschland Report 2035, der am 17. Mai 2010 erscheint. Seit mehr als 40 Jahren dient er Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik als verlässliche Grundlage für die Zukunftsplanung. (kgr)

Prognos Deutschland Report 2035, Text- und Tabellenband, rd. 600 Seiten inkl. CD-ROM, EUR 4.900,-
Weitere Informationen und Bestellung unter: www.prognos.com/deutschlandreport

Prognos World Report 2010 / Industrial Countries 1995–2035. Die Prognos AG zeigt in ihrem neuen World Report 2010 die mittel- und langfristige demografische und wirtschaftliche Entwicklung von 30 Ländern. Ausgehend von Länderprofilen werden detaillierte Aussagen zu Erwerbstätigen, Bruttowertschöpfung und Produktivität für jeweils 31 Branchen getroffen. Konsistente Prognosen zur Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen und des Privaten Konsums nach Ausgabenkategorien sowie detaillierte Prognosen der Bevölkerung und der Erwerbspersonen nach Altersgruppen und Geschlecht für jedes betrachtete Land runden das Bild ab. Der Report erlaubt umfassende Ländervergleiche u. a. für neue Absatz- und Investitionsmöglichkeiten und dient als Planungsinstrument für internationale Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik. (kgr)

Prognos World Report 2010 / Industrial Countries 1995–2035, rd. 500 Seiten inkl. CD-ROM, EUR 2.500,-
Weitere Informationen und Bestellung unter: www.prognos.com/worldreport

Prognos Technologiereport 2010. Die breit angelegte Trendanalyse zu unterschiedlichen technologischen Entwicklungen basiert auf der Delphi-Befragung von Experten aus Industrie und Wissenschaft in neun Ländern. Ziel ist es, von Technologieentwicklungen und Märkten in klassischen Feldern wie Chemie, Energie, Elektronik und Optik, aber auch in neueren Feldern wie ITK und Biotechnologie zu berichten. Der Report bietet aufbereitetes und bewertetes Wissen, das als Entscheidungsgrundlage für eine aktive

Zukunftsgestaltung verwendet werden kann. (ofp)

Prognos Technologiereport 2010, rd. 100 Seiten, EUR 250,-
Weitere Informationen und Bestellung unter: www.prognos.com/technologiereport

Veranstaltungen

Berliner Energietage 2010. Vom 10. bis 12. Mai 2010 finden im Ludwig Erhard Haus in Berlin die 11. Berliner Energietage statt. Sie bieten ein Forum, um Fragen der Energieeffizienz und des Klimaschutzes zu diskutieren. Vincent Rits, Projektleiter bei der Prognos AG, hält am 11. Mai 2010 von 9.00 bis 9.30 Uhr einen Vortrag zum Thema „Herausforderungen an den Wärmemarkt der Zukunft“. Dr. Almut Kirchner, Marktfeldleiterin Energie- & Klimaschutzpolitik der Prognos AG, wird im Rahmen eines Workshops, der am 12. Mai 2010 von 9.00 bis 13.00 Uhr stattfindet zum Thema „Modell Deutschland – Klimaschutz bis 2050. Die energiewirtschaftlichen Szenarien“ referieren. (ama)

Weitere Informationen:
www.berliner-energietage.de

Konferenz „Technologietransfer zur Stärkung des Standortes Ostdeutschland“. Im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer führt die Prognos AG am 25. Mai 2010 in Berlin diese Konferenz durch. Im Rahmen der Veranstaltung sollen Praxisprobleme des Transfers speziell in Ostdeutschland diskutiert und hinsichtlich zukünftiger Handlungsnotwendigkeiten analysiert werden. Christian Böllhoff, Geschäftsführender Gesellschafter der Prognos AG, wird die Konferenz moderieren. Sie bietet Unternehmen und Transferakteuren die Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen und gemeinsam neue Perspektiven zu entwickeln. (jbe)

Kongress „Stadt – Energie – Verkehr“ in Zürich. Dr. Almut Kirchner, Marktfeldleiterin Energie- & Klimaschutzpolitik der Prognos AG, referiert am 18. Juni 2010 zum Thema „Elektromobilität und erneuerbare Energien: Einbindung in das Gesamtenergiesystem der Schweiz“. Die Veranstaltung findet im Züricher ConventionPoint Kongresszentrum statt. (ama)

Weitere Informationen und Anmeldung:
www.stadt-energie-verkehr.ch

trendgipfel. Das Zukunftsforum für Entscheider. Christian Böllhoff, Geschäftsführender Gesellschafter der Prognos AG, hält am 24. Juni 2010 um 18.00 Uhr einen Vortrag zum Thema „Deutschland 2035 –

Arbeit, Wirtschaft, Finanzen“. Der trendgipfel findet am 24. und 25. Juni 2010 in Frankfurt am Main statt. (ama)

Weitere Informationen und Anmeldung:
www.trendgipfel.de

Aktuelle Projekte (Auswahl)

Generationenatlas Nordrhein-Westfalen. Im Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen hat Prognos den Generationenatlas NRW erarbeitet. Mit einer Datenbank in Form einer interaktiven Projektkarte gibt er einen Überblick über die Projekte und Initiativen, in denen generationenübergreifende Begegnung und Unterstützung in Nordrhein-Westfalen bereits stattfinden. Damit sollen u. a. Anregungen für den Transfer von Ideen und Projektkonzeptionen gegeben werden. Die Projektübersicht steht dabei zur kontinuierlichen Aktualisierung durch Akteure offen. (ama/hcz)

Weitere Informationen:
www.generationenatlas.nrw.de

Online-Tool zu Förderoptionen für hessische Umwelttechnologieunternehmen.

Im Auftrag der „Aktionslinie Hessen-Umwelttech“ des Hessischen Wirtschaftsministeriums hat die Prognos AG eine Potenzialanalyse zu Fördermöglichkeiten auf EU-, Bundes- und Landesebene durchgeführt und eine Online-Datenbank mit insgesamt 63 Förderprogrammen erstellt. Zudem wurde eine nutzergerechte Abfragestruktur für die hessischen Umwelttechnologieunternehmen entwickelt, die Informationen zu den Förderprogrammen als Steckbriefe aufbereitet. Die Förderdatenbank wird auf der Website der „Aktionslinie Hessen-Umwelttech“ veröffentlicht. Sie ermöglicht einen unkomplizierten und effizienten Zugang zu entscheidungsrelevanten Informationen. (jst/nsc)

Weitere Informationen:
www.hessen-umwelttech.de
(Rubrik: Beratung & Förderung/Förderdatenbank)

Impressum

Herausgeber: Prognos AG, Basel;
Unternehmenskommunikation
Verantwortlich: Birte Jessen
Redaktion: Birte Jessen, Corina Alt, Annika Mantel, Katrin Joedecke
Hauptsitz: Henric Petri-Str. 9, CH-4010 Basel
Telefon: +41 61 3273-200, Fax: +41 61 3273-300
E-Mail: info@prognos.com
Der *trendletter* online: www.prognos.com
Grafik, Layout: Designalltag Basel, Peter Vögtle
Titelbild: ©Imagepoint/Werner Kaiser
Portraits: ©Oliver Möst/Florian von Ploetz, Berlin
Druck: Druckerei Herbstritt GmbH, Sexau
Auflage: 7'000 Ex., ©Prognos AG
Auszug/Nachdruck bei Nennung der Quelle gestattet